



Berlin
ist
Freiheit

**Berlin
ist
Freiheit**

**Eine starke SPD
für Berlin**

Wahlprogramm der SPD für die

*Eine
starke* **SPD** *für Berlin!*



Berlin
ist
Freiheit

**Eine starke SPD
für Berlin**

**Wahlprogramm der Berliner SPD für die
Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin
am
29. Januar 1989**

Beschlossen auf dem Landesparteitag am 15. Oktober 1988

C 89-1797

Inhaltsverzeichnis

Selte	3	Vorwort
	4	Berlin ist Freiheit
	5	Für eine zweite Phase der Entspannungspolitik
	7	Wirtschaft und Arbeit
	8	Schutz der Umwelt – Vorrang des öffentlichen Nahverkehrs
	10	– Energie
	10	– Verkehr
	11	Bessere Gesundheitsversorgung für Berlin
	12	Gleichstellung von Frauen und Männern
	13	Bezahlbare Wohnungen für Berlin
	14	Sozialpolitik
	15	Familie
	16	Jugend
	16	Schule und Weiterbildung
	18	Wissenschaft
	18	Kultur
	19	Sport
	20	Ausländerpolitik
	21	Innen- und Rechtspolitik
	22	– Sicherheitspolitik
	22	– Rechtspolitik
	23	– Datenschutz
	23	Eine starke SPD für Berlin

Impressum:

SPD-Landesverband Berlin, Müllerstraße 163 – 1000 Berlin 65

Redaktion: Dr. Hans Kremendahl

Satz: Kompaß Buch- und Zeitschriften GmbH

Druck: Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163 – 1000 Berlin 65

Berlin ist Freiheit

Eine starke SPD für Berlin

Wahlprogramm der Berliner SPD für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 29. Januar 1989.
Beschlissen auf dem Landesparteitag am 15. Oktober 1988

Vorwort

Am 29. Januar 1989 finden die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den Bezirksverordnetenversammlungen statt.

Seit acht Jahren regiert in Berlin die CDU; seit 1983 in einer Koalition mit der FDP, die bereits 1981 die Wahl eines CDU-Senats ermöglicht hat.

Bei den Wahlen 1981 und 1985 ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Rolle der parlamentarischen Opposition zugewiesen worden. Wir haben die Oppositionsrolle angenommen und nicht als 'Betriebsunfall' mißverstanden. Wir haben gelernt aus berechtigter Kritik, die viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt vor allem in der Endphase der langjährigen sozialdemokratischen Regierungszeit an der SPD geübt haben. Und wir haben die Jahre der Opposition genutzt, um inhaltlich und personell neue Weichen für die Zukunft zu stellen.

Mit diesem Wahlprogramm legt die Berliner SPD Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, die Ziele dar, die sozialdemokratische Politik für Berlin erreichen will. Und wir fordern Sie auf, diese Ziele der politischen Praxis des derzeitigen Senats gegenüberzustellen, zu vergleichen und Ihre Wahlentscheidung nach nüchterner Abwägung zu treffen.

CDU und FDP sind mit großen Versprechungen angetreten. Sie müssen an ihren Taten gemessen werden.

Die Berliner SPD ist keine Opposition, die alles schwarz in schwarz malt. Beispielsweise hat der derzeitige Senat in der Berlin- und Deutschlandpolitik ganz entgegen den Tönen, die wir aus früherer Zeit von der CDU gewohnt waren, weite Teile der sozialdemokratischen Entspannungspolitik aufgegriffen

und fortgeführt. Wir haben als Opposition den Senat dann unterstützt, wenn es um gemeinsame Anliegen unserer Stadt ging. Und wir haben dann unsere Kritik und unsere Alternativen deutlich gemacht, wenn sichtbar wurde, daß die Politik der konservativ-liberalen Koalition sich zum Schaden Berlins auswirkte.

Auf vielen Gebieten stehen in der Politik des derzeitigen Senats großen Sprüchen nur all zu mangelhafte Leistungen in der politischen Wirklichkeit gegenüber:

— Der Senat war angetreten, um die Wirtschaftskraft unserer Stadt zu stärken. Fast 100.000 Arbeitslose, mehr als doppelt so viele wie 1981, als die SPD die Regierungsverantwortung abgab, sind das Ergebnis.

— Der Senat wollte solide Finanzen schaffen: Nie war die Verschuldung der öffentlichen Hand größer als heute. Das gilt für Berlin wie für Bonn. Teure Renommierprojekte, wie die Verlagerung des Klinikums Charlottenburg zum Rudolf-Virchow-Krankenhaus, verschlingen Milliarden Summen und reißen ein tiefes Loch in die öffentlichen Kassen. Stoltenbergs unsoziale Steuerreform tut ein übriges.

— Der Senat wollte für mehr innere Sicherheit sorgen: Noch nie ist die Berliner Polizei so sehr dazu mißbraucht worden, Versäumnisse der Politik auszubügeln, wie unter der CDU/F.D.P.-Regierung.

Im Jahr der 750-Jahr-Feier 1987 glich Berlin mehr als einmal einer belagerten Festung. Der Innensenator scheute sich nicht, einen ganzen Stadtteil — Kreuzberg — abriegeln zu lassen. Mehr Sicherheit wurde nicht geschaffen, die Liberalität blieb auf der Strecke.

— Der Senat wollte den Filz bekämpfen und saubere Verhält-

nisse schaffen: Noch nie ist im öffentlichen Dienst eine so schamlose Parteibuchwirtschaft betrieben worden wie in der Gegenwart. Und nie zuvor in Berlin sind — wie in der Korruptionsaffäre, die mit dem Namen des ehemaligen Charlottenburger Stadtrat Antes verbunden ist, deutlich geworden ist — politische Entscheidungen gegen bares Geld verkauft worden. Derartige Fehlentwicklungen sind erst unter dem gegenwärtigen Senat eingetreten.

— Der Senat wollte mehr für unsere Umwelt tun: In Wahrheit hat er einen Flächennutzungsplan auf den Weg gebracht, der Beton statt Grün bringt, zahlreiche Kleingärten gefährdet und falsche Weichen für den Verkehr in unserer Stadt stellt. Schnellstraßen, die der sozialdemokratisch geführte Senat aus der Planung gestrichen hatte, tauchen im neuen Flächennutzungsplan wieder auf. Der Senat findet sich tatenlos mit einer Entwicklung ab, die dazu führen wird, daß gegen Ende des nächsten Jahrzehnts rund eine Million Pkws auf den Straßen unserer Stadt fahren werden.

— Der Senat wollte die Wohnungsverorgung in unserer Stadt verbessern: Tatsache ist, daß es kaum je gelingt, die für den Wohnungsbau vorgesehenen Mittel tatsächlich auszuschöpfen, daß die Mieten steigen und immer weniger Menschen die Wohnung finden, die sie suchen. Mit der Aufhebung der Mietpreisbindung im Berliner Altbau wurde der Willkür Tür und Tor geöffnet und die Versorgung der Stadt mit preiswertem Wohnraum drastisch verschlechtert. Spekulanten und Spekulationsgewinne wurden ungeniert gefördert, die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften benachteiligt.

— Es gibt genügend Lippenbekennnisse des Senats zur

Gleichstellung von Frauen und Männern: Tatsache ist, daß wachsende Arbeitslosigkeit und Sozialabbau überwiegend auf dem Rücken der Frauen ausgetragen worden sind. Es fehlt an verbindlichen Frauenförderplänen, es fehlt an einer ressortübergreifenden Gleichstellungsstelle beim Regierenden Bürgermeister.

— Der Senat hat vor allem unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern mehr soziale Sicherheit und verbesserte Gesundheitsvorsorge versprochen: Tatsache ist, daß die Bonner Politik des Sozialabbaus sich in einer Stadt mit vielen älteren Menschen wie Berlin besonders verheerend auswirkt, daß die Zahl der Sozialhilfeempfänger gestiegen ist und daß die Lage zahlreicher Rentnerinnen und Rentner in unserer Stadt sich verschlechtert hat.

Die Krankenhäuser klagen über Personalmangel. Auf Pflegeplätze warten alte Menschen bis zu einem Jahr.

Blüms angebliche Gesundheitsreform wird ein übriges tun, um die sozial Schwachen zu belasten.

— Der Senat wollte die Interessen Berlins wirksam vertreten: Noch nie ist Berlin in Bonn so schlecht vertreten und behandelt worden wie unter diesem Senat und unter der Kohl-Regierung. Deutlichstes Beispiel ist die verheerende Kürzung der Berlin-Förderung um 800 Millionen DM pro Jahr, die schwere Folgen für die Berliner Wirtschaft und die Arbeitsplätze haben wird.

Auf diesen und vielen anderen Feldern stehen sich Anspruch und Wirklichkeit der Senatspolitik in erkennbarem Gegensatz gegenüber. Und gerade für diese Bereiche gilt: Die Berliner SPD hat die überzeugenderen Antworten, das bessere Konzept für unsere Stadt.

I. „Berlin ist Freiheit“

Mehr als drei Jahrzehnte lang ist die politische Entwicklung Berlins entscheidend von sozialdemokratischer Politik bestimmt worden.

Es waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die nach 1945 die Freiheit in den Westsektoren unserer Stadt gegen die kommunistische Bedrohung verteidigt haben. Namen wie Ernst Reuter und Franz Neumann stehen für diese historische Leistung der SPD.

Es waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die den Wiederaufbau Berlins aus den Trümmern verantwortlich gestaltet haben. Louise Schroeder steht vor allem für den Mut und die Tatkraft der Berlinerinnen in dieser Phase der Nachkriegsentwicklung.

Und es waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die durch die Entspannungspolitik den Frieden in und um Berlin sicherer gemacht haben. Diese Politik bleibt mit den Namen Willy Brandt und Egon Bahr verbunden.

Berlin ist eine geteilte Stadt in einem geteilten Land. Dank der Entspannungspolitik ist die Phase des Kalten Krieges vorbei. Beide deutsche Staaten haben ein gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens. Beide deutsche Staaten haben erkannt, daß gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit auf vielen Gebieten den Frieden sicherer und den Zustand der Teilung für die Menschen erträglicher machen.

Dies gilt auch für Berlin. Zu den Realitäten unserer Stadt gehört die Vier-Mächte-Verantwortung für ganz Berlin, die ihren Ausdruck im Vier-Mächte-Abkommen von 1971 und in der Tatsache gefunden hat, daß die drei Westmächte als Schutzmächte die Sicherheit und Freiheit im westlichen Teil Berlins aufrechterhalten.

Der Status von Berlin ist unverzichtbar, solange für Berlin (West) im Rahmen einer dauerhaften europäischen Friedensordnung keine andere, die Freiheit gleichermaßen garantierende Lösung in Sicht ist. Dennoch darf der Status nicht zur Fessel für notwendige Entwicklungen in der Zukunft werden. Wer künftigen Generationen die Existenz von Berlin (West) als sinnvoll verständlich machen will, wird andere Erklärungs-

ster brauchen als das politisch untergegangene Deutsche Reich und das Besatzungsrecht der Sieger.

Zu den Realitäten unserer Stadt gehört, daß Berlin (Ost) heute faktisch Hauptstadt der DDR ist. Zu den Realitäten unserer Stadt gehört, daß Berlin (West) politisch, rechtlich, wirtschaftlich und kulturell untrennbar mit der Bundesrepublik Deutschland verbunden ist. Die Mauer, die unsere Stadt in zwei Teile teilt, kann nicht von heute auf morgen beseitigt werden. Unsere Aufgabe ist, sie durchlässiger zu machen und eines Tages den trennenden Charakter aller Grenzen in Europa zu überwinden. Unsere Aufgabe ist, Berlin (West) lebensfähig zu erhalten und zu einem zentralen Ort der Zusammenarbeit und des Dialogs zwischen West- und Osteuropa zu machen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist, die Beziehungen von Berlin (West) mit seinem natürlichen Umland, der DDR, zu verbessern und weiter zu entwickeln.

Berlin ist eine aufregende Stadt. Gesellschaftliche Spannungen zeigen sich hier eher als in anderen Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Gesellschaftliche Veränderungen, nicht zuletzt durch den technischen Fortschritt, werden hier eher als anderswo sichtbar. Neue geistige Strömungen und Herausforderungen - wie die Studentenbewegung und später die neuen sozialen Bewegungen - kommen zuerst in unserer Stadt zum Ausdruck. In keiner anderen deutschen Region ist die Vielfalt der Lebensstile so ausgeprägt wie hier.

Freiheit und Toleranz sind daher Lebensbedingungen Berlins. Dies gilt nicht nur für die äußere Freiheit, sondern ebenso für die Freiheit der individuellen Selbstentfaltung, die Freiheit der Lebensgestaltung, die Freiheit zur Teilnahme an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen und die freie Entfaltung eines reichhaltigen kulturellen Lebens.

Berlin ist Freiheit. Und wir Berlinerinnen und Berliner lieben die Freiheit mehr als alles andere. Deshalb muß Berlin das Modell für die neue Großstadt, für die neue Stadtkultur werden. Das ist die Zukunft, die wir Sozialdemokratinnen

und Sozialdemokraten für unsere Stadt erstreben.

Deshalb:

1. Die SPD will Berlin als Stadt des Friedens.

Die SPD will Berlin als Stadt des Friedens und der Zusammenarbeit. Berlin ist der Ort der kürzesten Wege zwischen West und Ost. Diese Wege für den Frieden und die Zusammenarbeit in Gesamteuropa nutzbar zu machen, ist seine europäische Aufgabe.

2. Die SPD will Berlin als demokratische Stadt.

Parlamentarische Demokratie und freiheitlicher Rechtsstaat sind unverzichtbare Grundlagen des politischen Lebens. Sie müssen gesichert und ausgebaut werden. Aber es reicht nicht, alle vier Jahre zur Wahl zu gehen. Demokratie muß sich auch im Alltag abspielen - dort, wo die Menschen an ihrem Arbeitsplatz, in Institutionen und Organisationen von Entscheidungen betroffen sind, die ihr Leben unmittelbar angehen.

Wir brauchen mehr Mitbestimmung ebenso wie mehr Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger, politische Entscheidungen direkt zu beeinflussen. Und wir brauchen eine Verwaltung, die für die Bürger da ist und sie nicht als lästige Bittsteller behandelt.

3. Die SPD will Berlin als soziale Stadt.

Freiheit setzt soziale Gerechtigkeit voraus. Nur wenn allen die Mindestbedingungen für ein menschenwürdiges Leben gesichert sind, kann sich Freiheit entfalten. Dies gilt für den Lebensabend der älteren Menschen ebenso wie für die Zukunftschancen der jungen Generation. Dabei sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Sozialstaatsprinzip und Förderung von Eigeninitiative kein Gegensatz.

4. Die SPD will Berlin als wirtschaftlich leistungsfähige Stadt.

Die Berliner Industrie muß wettbewerbsfähig bleiben. Weitere Investitionen und der vermehrte Einsatz neuer Technologien sind hierzu erforderlich. Moderne, insbesondere produktionsnahe Dienstleistungen müssen verstärkt hinzukommen. Mit seinem wissenschaftlich-technischem Potential bietet Berlin gute Voraussetzungen für die Ansiedlung produktionsorientierter Dienstleistungen (z.B. Beratung und Schulung,

Geschäfts- und Absatzvermittlung, Technologie- und Innovationsberatung, Finanzierung und Marketing), für Forschung und Entwicklung sowie für intelligente Produktionen.

Unverzichtbar ist für unsere Stadt die Gründung und verstärkte Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen.

Berlins Chancen als Ort wirtschaftlicher Kontakte und Begegnungen zwischen Ost und West sowie zwischen Nord und Süd müssen stärker genutzt werden. Unverzichtbar für unsere Stadt ist eine verstärkte Förderung kleiner und mittlerer Produktions- und Dienstleistungsunternehmen.

5. Die SPD will Berlin als Stadt der Arbeit.

Zentrale Aufgabe bleibt, mehr und mehr zukunftsträchtige Arbeitsplätze in Berlin zu schaffen. 100.000 Arbeitslose sind nicht hinnehmbar. Eine aktive Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik ist ebenso erforderlich wie die Ausschöpfung aller Möglichkeiten, durch Arbeitszeitverkürzungen, Abbau von Überstunden und dgl. neue Arbeitsplätze zu schaffen.

6. Die SPD will Berlin als Kulturstadt.

Berlin verfügt über herausragende kulturelle Einrichtungen. In unserer Stadt leben zahlreiche Menschen, die sich auf kulturellem Gebiet aktiv betätigen. Kultur ist nicht nur ein wesentlicher Inhalt sinnvoller Freizeitgestaltung, sondern wird mehr und mehr auch zu einem unverzichtbaren Wirtschaftszweig. Kultur braucht Freiheit - keine staatliche Gängelung. Die Förderung der Kultur ist gleichzeitig eine Förderung der Attraktivität und Lebensfähigkeit unserer Stadt.

7. Die SPD will Berlin als Stadt von Bildung und Wissenschaft.

Berlin muß allen jungen Menschen die Chance bieten, einen ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechenden Schulabschluss zu erreichen. Bildungschancen sind Sozialchancen. Berlin muß sich dazu bekennen, Bildungs- und Ausbildungszentrum für junge Menschen auch aus der Bundesrepublik Deutschland und dem Ausland zu sein. Bildung und Wissenschaft sind Produktivkräfte - auch für die wirtschaftliche Zukunftsentwicklung unserer Stadt.

8. Die SPD will Berlin als grüne Großstadt.

Die vorhandenen Grünflächen in Berlin müssen erhalten und ausgebaut werden. Es sind alle Anstrengungen zu unternehmen, um Luft und Gewässer sauber zu halten. Dem umweltfreundlichen öffentlichen Nahverkehr gebührt der Vorrang. Dies erfordert eine Verstärkung der Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrsangebots ebenso wie einen verantwortungsbewußten Umgang mit privaten Kraftfahrzeugen.

9. Die SPD will Berlin als tolerante und liberale Stadt.

Vielfalt der Lebensstile und Vielfalt der Meinungen und Denkrichtungen muß gewährleistet sein. Unbequeme Meinungen und Lebensformen müssen toleriert werden. Die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger tragen in erheblichem Maße zur kulturellen Vielfalt wie zur wirtschaftlichen Lebenskraft Berlins bei. Ihre Lebenschancen müssen ebenso verbessert werden wie ihre politischen Rechte.

Dies schließt die Gewährung des kommunalen Wahlrechts ein.

10. Die SPD will Berlin als lebenswerte Stadt.

Dazu gehört die Verbesserung des Angebots an bezahlbaren Wohnungen ebenso wie der Schutz der Umwelt und die Bereitstellung eines reichhaltigen Angebotes an Kultur, Sport und sonstiger Freizeitgestaltung.

Politik hat Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich die Menschen, die in unserer Stadt leben, wohlfühlen und daß Gä-

ste aus dem In- und Ausland gern nach Berlin kommen. Voraussetzung dafür bleiben die Sicherung des Friedens und die Entfaltung der Freiheit. Die Bindungen Berlins an den Bund sind ebenso Bestandteil dieser Voraussetzungen wie die Garantien der westlichen Schutz-mächte. Entspannung und Zusammenarbeit mit dem anderen deutschen Staat schaffen zusätzliche Möglichkeiten dafür, daß sich Berlin entfalten und seine Zukunft lebenswert gestalten kann.

II. 1

Für eine zweite Phase der Entspannungspolitik - Deutschland- und Berlinpolitische Perspektiven -

Ziel sozialdemokratischer Deutschland- und Berlinpolitik war und bleibt es, die Freiheit und Lebensfähigkeit von Berlin (West) zu bewahren und gleichzeitig der Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten und damit dem Frieden in Europa zu dienen.

Die SPD anerkennt, daß der derzeitige Senat sich über weite Strecken pragmatisch auf den Boden der sozialdemokratischen Entspannungspolitik gestellt hat und im Verhältnis zur DDR um praktische Fortschritte bemüht war.

Dies unterscheidet das praktische Handeln von der entspannungsfeindlichen Rhetorik der CDU in früheren Jahren und von Tönen, die auch derzeit immer wieder aus der Berliner CDU laut werden.

Dennoch ist diese Politik halberzig geblieben. Ihr fehlt die deutschland- und berlinpolitische Perspektive. Sie ist erst mühsam an einem Punkt angekommen, den sozialdemokratische Deutschland- und Berlinpolitik längst erreicht hat und von dem aus sie weiterdenken und weiterhandeln muß. Immer wieder werden praktische deutschland- und berlinpolitische Bemühungen durch eine überholte nationalistische Rhetorik gestört. Es hilft den Berlinerinnen und Berlinern nicht, wenn Berlins Rolle als „Hauptstadt der Deutschen“, in Sonntagsreden beschworen wird. Es kommt vielmehr darauf an, eine neue

europäische Funktion Berlins im Ost-West-Verhältnis zu definieren und für die Stadt eine aktive Rolle in den sich vertiefenden Ost-West-Beziehungen zu schaffen.

Die Zukunft heißt Europa. Berlin (West) gehört zur Europäischen Gemeinschaft, die mit jedem Schritt zur Einheit an wirtschaftlichen Gewicht und politischer Bedeutung gewinnt. Europa endet aber nicht an der Elbe. In der Schlußakte von Helsinki 1975 hat zum ersten Mal ein Europa Gestalt angenommen, zu dem der Osten ebenso gehört wie die neutralen und blockfreien Länder Europas. Keine Stadt Europas eignet sich so wie Berlin, ein Ort der Begegnung zwischen den beiden Teilen des Kontinents zu sein.

Andererseits bedarf auch keine andere Stadt in Europa so wie Berlin der in der Schlußakte von Helsinki angelegten Prinzipien der Zusammenarbeit.

Die SPD kritisiert, daß der Senat diese Erwartungen gegenüber der Bundesregierung nicht nachdrücklich zum Ausdruck bringt und durchsetzt. Sie hat außerdem Zweifel, ob die gegenwärtige Bundesregierung in gleicher Weise bereit ist, ihr politisches Schicksal mit der Zukunft Berlins zu verbinden, wie dies die Bundesregierungen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt getan haben.

Das Verhältnis der Großmächte zueinander ist in ein Stadium der Intensivierung und der

Verbesserung eingetreten. Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion haben dafür wichtige Voraussetzungen geschaffen. Das Abkommen über die Beseitigung und Vernichtung der eurostrategischen Mittelstreckenraketen ist ein erster wichtiger Schritt zur Abrüstung, dem weitere folgen müssen.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Voraussetzungen verbessert, die Entspannungspolitik voranzutreiben. Wir stehen heute am Beginn einer neuen Stufe der Entspannungspolitik. Ziele dieser zweiten Stufe der Entspannungspolitik muß es sein, eine europäische Friedensordnung zu schaffen, die die Teilung Europas in zwei sich gegenüberstehende militärische Blöcke überwinden hilft. Die Grenzen in Europa müssen ihren trennenden Charakter verlieren. Dies gilt auch für die deutsch-deutsche Grenze und die Mauer in Berlin.

Die wesentlichen Elemente einer künftigen europäischen Friedensordnung sind:

— Die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen.

— Ein immer dichter werdendes Netz von Beziehungen und gegenseitig ausgewogenen Abhängigkeiten zwischen West- und Osteuropa durch partnerschaftliche Zusammenarbeit.

— Eine Politik der Sicherheitspartnerschaft, die neben den ei-

genen Sicherheitsinteressen auch die der jeweils anderen Seite berücksichtigt und auf längere Sicht die beiden großen Militärbündnisse, die NATO und die Warschauer Vertragsorganisation, überflüssig macht.

Auf absehbare Zeit bleibt jedoch die Bündnispartnerschaft im Westen konstitutives Element der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik. Solange die Sowjetunion eine hochgerüstete Supermacht in Europa ist, bedürfen wir der Verbindung mit dem militärischen Gegengewicht der Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Bundesrepublik findet das für sie erreichbare Maß an Sicherheit nur mit ihren Partnern und nur dann, wenn sie ihre eigenen Sicherheitsinteressen innerhalb des Bündnisses definieren, einbringen und durchsetzen kann. Eine solche Politik liegt im vitalen Interesse beider deutscher Staaten und insbesondere Berlins. Beide deutsche Staaten haben ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens. Als Vorposten ihrer jeweiligen Bündnisssysteme wollen beide deutsche Staaten nicht Waffenarsenal, schon gar nicht Schauplatz eines möglichen militärischen Konflikts sein.

Die angestrebte europäische Friedensordnung darf nicht dazu mißbraucht werden, in neuer Form die Wiederherstellung des politisch in der Niederlage des Zweiten Weltkriegs untergegangenen Deutschen Rei-

ches zu fordern. Eine europäische Friedensordnung wird es in überschaubarer Zukunft nur mit zwei gleichberechtigten und miteinander kooperierenden deutschen Staaten geben können, die ihre Existenz nicht gegenseitig infrage stellen. Es gilt, bei fortdauernder Zweistaatlichkeit soviel an Zusammenarbeit wie möglich zu schaffen.

Daher strebt sozialdemokratische Deutschlandpolitik im Sinne des Grundlagenvertrages vor allem an:

- Regelmäßige Konsultationen über alle Fragen, die für die Sicherung des Friedens in Europa von Bedeutung sind.
- Eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit.
- Eine ungehinderte wissenschaftlich-technische Kooperation.
- Gemeinsame Anstrengungen im Umweltschutz.
- Ein Zusammenwirken der beiden deutschen Staaten beim Abbau des Nord-Süd-Gefälles.
- Einen ständigen Austausch über wirtschaftliche Fragen.

In all dies muß Berlin (West) voll einbezogen sein. Dies bedingt Aufgeschlossenheit für sinnvolle Forderungen der DDR. So fordern wir Sozialdemokraten seit Jahren die Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter, da sie wirkungslos und überflüssig ist.

Hinsichtlich der Elbgränze bei Lauenburg erscheint ein beiderseitiges Einvernehmen möglich, den Verlauf der Gränze in der Strommitte festzustellen.

Die Staatsbürgerschaft der DDR muß respektiert werden. Niemand darf gegen seinen Willen für die deutsche Staatsbürgerschaft im Sinne des Grundgesetzes in Anspruch genommen werden. Umgekehrt darf keinem Deutschen, der dies will, die Inanspruchnahme der sich aus dieser Staatsbürgerschaft ergebenden Rechte verweigert werden.

Sozialdemokratische Deutschland- und Berlinpolitik

will nicht zur Destabilisierung der DDR beitragen. Ihr Ziel ist es, Voraussetzungen schaffen zu helfen, in der DDR und in anderen osteuropäischen Ländern Reformen zu ermöglichen und eine innere Liberalisierung zu erleichtern. Das bedeutet auch, den Kontakt und das Gespräch zu Personen und Gruppen nicht abreißen zu lassen, die in den Staatsparteien keine politische Heimat sehen.

Auch wenn die gegenseitige militärische Bedrohung in Europa abgebaut sein wird, werden die gesellschaftlich, politisch und ökonomisch unterschiedlichen Systeme weiterbestehen. Es kommt darauf an, daß die Systeme in ihrer Unterschiedlichkeit zum Frieden, zur Zusammenarbeit und zur inneren Reform fähig werden. Die Feindschaft der Ideologien muß in einer Kultur des politischen Streits verwandelt werden, die ganz Europa eine neue Periode fruchtbarer Auseinandersetzung und politisch-kultureller Blüte bringen wird. Der zwischen der SPD und der SED begonnene Dialog ist ein Anfang, der historische Bedeutung erlangen wird, wenn er zu einem allgemeinen Vorbild in Europa wird.

Grundlagen der Existenz und Lebensfähigkeit von Berlin (West) bleiben die Zugehörigkeit zum Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie die Rechte und Garantien der drei Mächte. Je weniger die Zugehörigkeit zum Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem des Bundes infrage gestellt wird, desto mehr kann Berlin (West) für beide Seiten vorteilhafte Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und vor allem zu seinem natürlichen Umland, der DDR, entwickeln. Der Grundsatz der Anerkennung von Realitäten muß wechselseitig gelten. Deshalb gilt:

– Berlin muß seinen Standortvorteil im Handel mit der DDR stärker als bisher nutzen. Das hohe Forschungs-, Innovations-

und Technologiepotential ist eine gute Voraussetzung dafür.

– Westliche Technik und westliches Know-how können der DDR helfen, ihre Wirtschaft zu modernisieren und im Umweltschutz sowie bei der Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung besser voranzukommen.

– Die Möglichkeiten einer intensiveren wirtschaftlichen Zusammenarbeit Berlins mit der DDR müssen im Rahmen der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen voll ausgeschöpft werden. Vor allem kleinere und mittlere Betriebe sind dabei zu unterstützen, nach Wegen wirtschaftlicher Kooperation mit DDR-Betrieben zu suchen.

Die Struktur des beiderseitigen Warenverkehrs entspricht nicht dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand. Umfang und Qualität sind zu verbessern. Finanzielle und technologische Angebote an die DDR können hierzu hilfreich sein.

Die Positionen Berlins im deutsch-deutschen Handel als Herstellungs- und Vertriebsort für Lieferungen in die DDR ist durch deren steuerliche Gleichbehandlung mit Lieferungen in das Bundesgebiet zu stärken.

– Zusammenarbeit ist auch geboten bei der Erschließung geeigneter touristischer Ziele in der DDR. Es gibt ein starkes Interesse von Berlinerinnen und Berlinern, auf einfache und bequeme Weise in die ehemaligen Erholungsgebiete der Stadt zu reisen.

– Intensivierung der Kooperation zwischen Berlin (West) und der DDR ist auch auf den Gebieten der Wissenschaft und Forschung sowie der Kultur möglich und wünschenswert. Vielfalt und Vitalität des kulturellen Lebens in unserer Stadt bieten dazu ebenso eine ideale Voraussetzung wie die einmalige Konzentration von Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die es in Berlin gibt.

Darüber hinaus sind unsere Forderungen darauf gerichtet, den Gränzen ihren trennenden Cha-

rakter zu nehmen. Vorrang haben daher:

– Die Senkung des Mindestumtausches.

– Der Abbau der Kontaktverbote und der Einreiseverbote.

– Die gemeinsame Benutzung aller Grenzübergänge von Berlinern, Bundesbürgern und Ausländern sowie die Zulassung unterschiedlicher Übergänge für die Ein- und Ausreise bei Besuchen in der DDR und Berlin (Ost).

– Die Einrichtungen weiterer Grenzübergänge und die Benutzung der westlichen Hälfte des Berliner Rings für einen beliebig zu wählenden Grenzübergang.

– Die Ausgabe der Visa bei Inhabern von Mehrfachberechtigungsscheinen zum Zeitpunkt der Einreise direkt am Grenzübergang.

– Die Erlaubnis der Mitnahme von Literatur, Tonträgern, Zeitschriften und Zeitungen auch politischen Inhalts bei Besuchen in der DDR und Berlin (Ost).

– Die Inbetriebnahme der S-Bahn nach Potsdam, Staaken, Oranienburg sowie innerhalb der gesamten Stadt für den Reise- und Besucherverkehr.

– Jugendbegegnungen und Sportaustausch.

– Weitere Partnerschaften von Berliner Bezirken und DDR Städten und Kreisen.

– Neuregelung des Begrüßungsgeldes.

– Weitere Erleichterungen im Besuchsverkehr, vor allem in Richtung Ost-West.

– Senkung der Altersgränze für West-Besuche.

Derartige konkrete Schritte der Zusammenarbeit sind die beste Sicherung des Friedens. Die Interessen beider deutscher Staaten, beider Teile Berlins, müssen in positiver Weise miteinander verknüpft werden.

Eine zweite Phase der Entspannungspolitik, die in dieser konkreten Weise für die Menschen erlebbar wird, ist die beste Erfüllung des Gebots: Von Deutschland darf nie wieder Krieg ausgehen. Von Deutschland - und insbesondere von Berlin - muß Frieden ausgehen.

II. 2

Wirtschaft und Arbeit

Seitdem die CDU unsere Stadt regiert, hat sich die Zahl der Arbeitslosen mehr als verdoppelt - von etwas über 40.000 auf rund 100.000 heute. Die Ankündigungen und Versprechen der Konservativen sind leere Worte geblieben, ihre Rezepte haben versagt!

Für uns Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten ist der Kampf gegen die skandalöse Massenarbeitslosigkeit die wichtigste Aufgabe der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Neue und zukunftsträchtige Arbeitsplätze müssen vor allem von und in den Unternehmen geschaffen werden. Der rasante technische Fortschritt und die bevorstehende Integration der westeuropäischen Volkswirtschaften zu einem Europäischen Binnenmarkt bieten hierzu große Chancen. Sie müssen von der Wirtschaft genutzt werden, um die Wirtschaftsstruktur der Stadt zu verbessern und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik wird diesen unvermeidlichen Anpassungsprozeß unterstützen. Sie wird dazu beitragen, die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Berlin zu stärken. Sie wird darüberhinaus alles tun, um Berlins einzigartige geopolitische Lage auch in einen Standortvorteil zu wandeln: Berlin kann zu einem Ort der deutsch-deutschen, der europäischen und der internationalen Zusammenarbeit, zu einer Stätte der wirtschaftlichen Kontakte und des Dialogs zwischen West und Ost, zwischen Nord und Süd werden.

Die CDU-geführten Regierungen in Bonn und Berlin haben die Strukturprobleme der Berliner Wirtschaft nicht wirksam bekämpft. Zahlreiche industrielle Arbeitsplätze sind verlorengegangen. Berlin ist immer mehr zur verlängerten Werkbank geworden. Die Fertigungstiefe seines verarbeitenden Gewerbes ist gering. Es mangelt an produktionsorientierten Dienstleistungen. Eine Steigerung des in Berlin vergleichsweise stark besetzten staatlichen Sektors, der etwa ein Viertel aller Arbeitsplätze stellt, allein wird die Probleme der Arbeitslosigkeit nicht lösen.

Ungelöst ist der Widerspruch, daß die Arbeitslosigkeit in Berlin weit über dem Bundesdurch-

schnitt liegt und daß auf der anderen Seite Facharbeiter in Westdeutschland angeworben werden müssen, weil für bestimmte Arbeitsplätze nicht die notwendigen Qualifikationen in Berlin vorhanden sind.

Mit der Kürzung der Berlin-Förderung um rund 800 Millionen DM jährlich hat die Kohl-Regierung den Spielraum für beschäftigungswirksame Initiativen unzumutbar eingeengt. Sie hat zugleich die Möglichkeiten verringert, durch eine arbeitsplatzorientierte Reform der Berlin-Förderung dieses nach wie vor unverzichtbare Instrument gezielter einsetzen zu können.

Stoltenbergs Steuerreform wirkt sich auch auf den Berliner Haushalt nachteilig aus. Sie schmälert den Spielraum für beschäftigungswirksame öffentliche Investitionen.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik für Berlin muß sich diesen Herausforderungen stellen. Sie wird den unverzichtbaren Strukturwandel der Berliner Wirtschaft rascher voranbringen helfen. Sie wird darum kämpfen, die Arbeitslosigkeit abzubauen und mehr Berlinern Lohn und Brot zu verschaffen. Sie wird die Wiedereingliederung von Frauen in das Wirtschaftsleben gezielt fördern. Sie wird alles tun, um die geopolitischen Nachteile des Wirtschaftsstandortes Berlin auszugleichen und die einzigartige Lage der Stadt in einen Vorteil zu wandeln.

— Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat ihr Programm „Arbeit und Umwelt“ vorgelegt. In diesem 10-Jahres-Zukunftsprogramm zur ökologischen Stadtsanierung werden unter anderem der Ausbau der Fernwärme, die rasche Umstellung auf Erdgas, die Inbetriebnahme weiterer S-Bahn-Strecken, die Reinigung kontaminierter Böden und vieles mehr vorgeschlagen.

Dies sind dringend erforderliche Maßnahmen, um den Schutz unserer natürlichen Umwelt zu verbessern und bereits eingetretene Schäden zu beseitigen.

Zugleich können mit diesem Programm rund 15.000 zukunftsweisende Arbeitsplätze geschaffen werden; und dies mit einem Finanzierungsvolumen von rund 800 Millionen DM jährlich, also dem gleichen Betrag,

der gerade bei der Berlin-Förderung gestrichen worden ist.

Das Programm „Arbeit und Umwelt“ macht deutlich: Umweltschutz ist auch eine Wachstumsindustrie, Umweltschutz schafft Arbeitsplätze!

— Ökologisch verantwortbares Wirtschaften bedingt die Ersetzung von umweltproblematischen Formen von Produktion und Konsum durch umweltverträgliche Formen. Technische Innovationen für umweltverträglichere Produkte und Produktionsverfahren müssen gefördert werden. Es ist eine umfassende Entsorgung zu erreichen verbunden mit der Beseitigung der auf unserer Umwelt ruhenden Altlasten.

Wir treten für eine behutsame umweltfreundliche und flächensparende Gewerbe- und Industriensiedlung ein. Die jährliche Aufstellung von Umweltbilanzen ist als Kontrollinstrument unabdingbar. Berlin muß ein Vorreiter in ökologischem Wirtschaften und in der ökologischen Stadtgestaltung werden.

— Die öffentlich geförderten Qualifizierungsmaßnahmen müssen administrativ gestrafft, verbessert und ausgebaut werden. Berlin braucht eine Offensive zur Qualifizierung seiner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die diesen Namen verdient. Die Berliner Wirtschaft muß mehr für die Berufsausbildung tun, Fortbildung in High-Tech-Berufen, mehr Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und betrieblichen Ausbildungsstätten, Ausbau der Fortbildungszentren und mehr Bildungsurlaub sind erforderlich.

— Die SPD fordert eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zugunsten der Frauen, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Das Recht auf Arbeit gilt für Frauen und Männer gleichermaßen. Frauen dürfen nicht länger als stille Reserve für Zeiten der Hochkonjunktur betrachtet werden, in Krisenzeiten jedoch als vom Arbeitsmarkt verdrängt bzw. in Teilzeitbeschäftigungen, Leih- und Heimarbeit sowie in nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen abgedrängt werden.

Notwendig ist die Erleichterung des Zugangs von Frauen zur betrieblichen und außerbetrieblichen Fortbildung und Umschulung, die Anhebung des

Frauenanteils an Arbeitsmarktpogrammen, Angebote für Fortbildungskurse während der nicht erwerbstätigen Kindererziehungszeiten, Aufstellung von Frauenförderplänen in Betrieben und Verwaltungen sowie eine öffentliche Sonderförderung für Betriebe und Verwaltungen, die Frauenförderpläne mit verbindlichen Vorgaben aufstellen und einhalten.

Der Elternurlaub muß ausgebaut werden. Im Bereich von Kindertagesstättenplätzen, Schularbeitszirkeln und Freizeitmöglichkeiten für Kinder müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß Kindererziehung und Berufstätigkeit in sehr viel höherem Maße vereinbar werden.

— Die SPD setzt sich für die Entwicklung eines mittelfristig angelegten Konzepts zur Arbeitsmarktpolitik ein. Dazu gehören der Ausbau der sozialen und humanen Dienste, der sozialen Infrastruktur, Maßnahmen im Bereich des Umwelt- und Landschaftsschutzes, der Wohnraumsanierung und der Energieeinsparung.

— Die SPD fordert eine „Sonderkommission Arbeitsplätze für Berlin“ unter Leitung des Regierenden Bürgermeisters, der Senat, Fraktionen des Abgeordnetenhauses, Arbeitgeberverbände bzw. Kammern und Gewerkschaften, Freiberufler und Wissenschaftler, Landesarbeitsamt und Landeszentralbank angehören.

Aufgabe der Sonderkommission ist die Koordination aller Überlegungen und die Einleitung geeigneter Initiativen mit dem Ziel, Beschäftigung in unserer Stadt zu schaffen und die Arbeitslosigkeit abzubauen.

— Die SPD unterstützt den Kampf der Gewerkschaften um weitere Arbeitszeitverkürzungen, insbesondere um die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Arbeitszeitverkürzung ist unverzichtbar als Mittel zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit; sie muß jetzt noch stärker zu einem Instrument zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit werden.

Hinsichtlich des Lohnausgleiches gilt: Arbeitszeitverkürzung darf nicht zu Lasten der Kaufkraft der Arbeitnehmer insgesamt gehen. Nach Arbeitszeitverkürzungen soll niemand weniger verdienen als zuvor. Von

den besser Verdienenden ist ein Solidaritätsbeitrag zur Finanzierung von mehr Beschäftigung zu verlangen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen den Wunsch vieler Arbeitnehmer/innen nach mehr Wahlmöglichkeiten zwischen Arbeit, Freizeit und Bildung. Hierdurch können zusätzliche freiwillige Arbeitszeitverkürzungen erreicht werden. Eine individuellere Gestaltung der Arbeitszeit muß jedoch von voller tarifvertraglicher und gesetzlicher Absicherung begleitet sein.

Die von den Konservativen und Wirtschaftsliberalen propagierte „Flexibilisierung“, die den Arbeitnehmern alle Arbeitgeberisiken aufbürden will, lehnen wir ab.

— Die von der CDU geführten Regierungen in Bonn und Berlin haben die sozial ungerechte und wirtschaftspolitisch verfehlte Steuerreform durchgesetzt. Entlastet werden die Gutverdienenden, zahlen müssen alle, vor allem die Berliner. Die Chance wurde verspielt, die Berlin-Förderung zukunftsorientiert zu gestalten. Denn Berlins Wirtschaft hat Strukturprobleme. Es mangelt an wertschöpfungsintensiven Produktionen, an modernen, expansiven Dienstleistungen sowie an qualifizierten Arbeitnehmern.

Der bis 1992 zu schaffende Europäische Binnenmarkt stellt Berlins Wirtschaft vor neue Herausforderungen. Mit einer erneuten Korrektur der Berlin-Förderung ist zu rechnen. Spätestens dann müssen die Förderungsmaßnahmen insgesamt deutlicher auf mehr Beschäfti-

gung ausgerichtet werden. Die für

Berlins Zukunft unerläßlichen strukturpolitischen Akzente der Berlin-Förderung sind zu verstärken und müssen die ökologische Erneuerung rascher voranbringen. Die Fertigungstiefe und die Berliner Wertschöpfung müssen steigen, in der Stadt erbrachte Vorleistungen vermehrt Eingang in die Berliner Endproduktion finden.

— Kleinere und mittlere Betriebe müssen verstärkt gefördert werden, weil sie gerade in Berlin das größte Reservoir für die Erhaltung und Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze darstellen. Zumutbare Gewerberaummieten sind dafür ebenso erforderlich wie die Einführung einer steuerfreien Investitionsrücklage. Gerade bei kleineren und mittleren Betrieben muß es wieder erhöhte und wirkungsvollere Förderungen für Forschung, Innovation und technologische Entwicklungen geben.

— Es müssen geeignete Förderungsmaßnahmen entwickelt werden, um den Berlinerinnen und Berlinern die Gründung von Unternehmen in Berlin zu erleichtern. Dabei müssen die Anbieter von produktionsorientierten Dienstleistungen Vorrang genießen. Die Beratungsangebote müssen ausgeweitet und wesentlich stärker auf kleinere und mittlere Betriebe konzentriert werden.

— Die Eigenbetriebe des Landes Berlin dienen zur Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Dienstleistungen. Sie sind zugleich ein wichtiger Faktor und auch für die Zukunft ein unverzichtbares Potential für die Beschäftigungspoli-

tik. Die SPD lehnt Pläne zur Privatisierung von Eigenbetrieben oder Teilen von ihnen ab. Die Wirtschaftlichkeit der Eigenbetriebe muß durch Steigerung der Attraktivität ihres Angebotes verbessert werden.

— Nach wie vor ist Berlin die größte deutsche Industriestadt. Es gilt die Strukturen der Berliner Wirtschaft so umzugestalten, daß Berlin als Industrie- und Dienstleistungszentrum auf modernstem Niveau Zukunft hat. Berlin bleibt mit der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland untrennbar verbunden. Berlin bleibt Teil der Europäischen Gemeinschaft. In diesem Rahmen muß die Stadt alle Anstrengungen unternehmen, um ihre Lebens- und Leistungsfähigkeit zu verstärken.

Darüberhinaus muß Berlin alles tun, um aus seinem Standortnachteil einen Vorteil zu machen: Berlin kann Stätte der wirtschaftlichen Kontakte und des Dialogs, kann Brücke sein zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd.

— Das große Potential Berlins an Einrichtungen von Wissenschaft und Forschung ist eine wichtige Voraussetzung zur Wirtschaftsförderung, zur Innovation und zur Ansiedlung neuer Produktionen. Die Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft muß koordiniert, transparenter gemacht und in ihrer Wirksamkeit verstärkt werden. Dabei ist die Freiheit von Forschung und Lehre und deren Unabhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen sicherzustellen.

— Die wirtschaftliche Zusammenarbeit unserer Stadt mit der DDR und den Ländern des Ra-

tes für Gegenseitige Wirtschaftshilfe muß ausgebaut und verstärkt werden - mehr Kooperation im Umweltschutz, in der Energieverwendung, in Forschung und Innovation hilft allen!

Berlin, westliche Stadt mitten im Osten, ist ein idealer Partner für seine östlichen Nachbarn. Sie wollen ihre Volkswirtschaften modernisieren und brauchen mehr Beratung, Schulung, Technologievermittlung. Sie wollen ihre Produkte auf westlichen Märkten testen und verkaufen. Da liegt Berlin am nächsten - als Tor zur EG und zum Europäischen Binnenmarkt! Berlin muß diese Chancen nutzen, viel stärker als bisher!

— Die Bundesregierung muß ihren Einfluß einsetzen, um weitere Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaft, wie beispielsweise die künftige Europäische Notenbank, in Berlin anzusiedeln. Solche Einrichtungen könnten die Attraktivität Berlins als internationaler Finanzplatz erhöhen.

— In Berlin sind viele Einrichtungen der Entwicklungshilfe ansässig. Berlin hat die Chance, zum Zentrum des Nord-Süd-Dialogs zu werden. Wir brauchen eine zentrale Informations- und Koordinierungsstelle, auch für den Einsatz von Berliner Fachkräften in den Ländern der Dritten Welt. Berlin muß zum Weiterbildungszentrum für Menschen aus der Dritten Welt werden. Die technologische Zusammenarbeit auch mit Ländern der Dritten Welt muß gefördert werden. Vorhandene Ansätze wie das entwicklungspolitische Informationszentrum sind auszubauen.

II. 3

Schutz der Umwelt Vorrang des öffentlichen Nahverkehrs

Die Umweltbelastungen in Berlin gefährden Mensch und Lebensraum, sie mindern die Lebensqualität in unserer Stadt und senken die Chancen für die Entwicklung Berlins zu einer zukunftsorientierten modernen Metropole. Die Umweltpolitik des derzeitigen Senats erfüllt nicht einmal die Anforderungen an einen „Reparaturbetrieb“. Vollzugsdefizit ist in unserer

Stadt ein geflügeltes Wort geworden.

Für die Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist deshalb die Sicherung und Wiederherstellung menschenwürdiger Umweltbedingungen unverzichtbar. Dabei müssen die Kreisläufe und Vernetzungen der Natur als Ganzes begriffen werden.

Durch den Flächennutzungsplan, der gegen den Widerstand

einer breiten Front von Kleingärtnern, Umwelt- und Naturschützern und der Berliner SPD durchgepeitscht worden ist, werden weitere Grünflächen dem Beton geopfert. Der Senat nimmt eine Entwicklung tatenlos hin, in der bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts rund eine Million Pkws auf Berlins Straßen fahren werden.

Er steht der Bodenverschmutzung hilflos gegenüber und be-

treibt die Beseitigung der Altlasten nicht mit dem erforderlichen Nachdruck. Es gibt keine nennenswerten Initiativen zur Luftreinhaltung, zur Wasserreinhaltung, zur Abfallbeseitigung und zum Natur- und Tierschutz.

Der Senat verzichtet auf eine Politik der Abfallvermeidung und des Recycling und versucht lediglich, der wachsenden Müllmenge durch eine neue Müllverbrennungsanlage Herr zu werden.

Umwelt

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine Überlebensbedingung für uns und für zukünftige Generationen. Deshalb will die Berliner SPD die Verpflichtung des Staates, für den Umweltschutz zu sorgen, in die Berliner Verfassung aufnehmen.

Sozialdemokratische Umweltpolitik für Berlin hat folgende Schwerpunkte:

– Verwirklichung eines umfassenden Konzeptes der ökologischen Stadtentwicklung durch das SPD-Programm „Arbeit und Umwelt“, (vergleiche auch Kapitel II.2).

– Einführung einer systematischen Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) als Instrument einer vorsorgeorientierten Umweltpolitik. Diese Umweltverträglichkeitsprüfung muß verbindlicher Bestandteil von Planungs- und Genehmigungsverfahren auch bei großen privaten Projekten sein. Dabei muß auch der Verzicht auf die beabsichtigte Maßnahme untersucht werden. Das Unterbleiben oder die fachliche Unzulänglichkeit einer solchen Prüfung muß gerichtlich nachprüfbar sein. Das Ergebnis der UVP ist öffentlich zu machen. Eine frühzeitige Akteneinsichtnahme ist zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang ist ein Verbandsklagerecht zu sichern.

– Die Empfehlungen der Enquete-Kommission zur Berliner Kraftwerkspolitik sind endlich umzusetzen. Der Schadstoffausstoß aller Anlagen in Industrie und Gewerbe ist zu verringern. Durch gezielten Ausbau des Fernwärmenetzes und von Gasheizungen sowie durch Energiesparmaßnahmen ist der Schadstoffausstoß der privaten Haushalte zu reduzieren.

– Die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf der Avus ist auf 100 km/h zu begrenzen. Straßen durch Wälder sind für den privaten Kraftfahrzeugverkehr zu sperren, sofern dadurch nicht die Erschließung bestimmter Stadtgebiete unmöglich wird.

– Die Werte zur Auslösung des Smogalarms sind drastisch zu vermindern. Wir fordern verkehrseinschränkende Maßnahmen schon zu einem frühen Zeitpunkt.

– Zum Schutz unserer Gewässer sind unter anderem unnatürliche Uferbefestigungen zu beseitigen und in eine natürliche Uferausbildung zurückzubauen.

Der Motorbootverkehr muß drastisch eingeschränkt werden. Weitere Wasserschutzgebiete müssen ausgewiesen werden. Zur Verbesserung der Gewässerqualität sind alle Einleitungen von Abwässern in die Berliner Gewässer konsequent zu kontrollieren. Abwasserabgaben müssen mindestens ebenso hoch sein wie die Reinigungskosten.

Betriebe, die mit wassergefährdenden Stoffen arbeiten, sind intensiver als bisher zu überwachen.

Geordnete und nichtgeordnete Altdeponien sowie Ablagerungen sind sämtlich zu erfassen und auf ihr Gefährdungspotential für das Grundwasser zu untersuchen. Bei Gefährdungen sind Sanierungsmaßnahmen sofort durchzuführen.

Bleirohre in der Trinkwasserversorgung müssen ersetzt werden.

Die Einleitungen der Entwässerungswerke in Teltowkanal und Havel müssen unverzüglich durch weitergehende Entphosphatung gereinigt werden (sog. 3. Reinigungsstufe).

– Dem Bodenverbrauch und der einseitigen Nutzungsveränderung ist drastisch Einhalt zu gebieten. Natur und Grünflächen dürfen nicht als Reservflächen für wirtschaftliche Bodennutzung angesehen werden.

Industrie sollte auf ehemaligen Industrieflächen angesiedelt werden (Flächenrecycling). Dabei sollte vor allem die Nutzungsintensivierung auf der Fläche durch bauliche Verdichtung eine bessere gewerbliche Ausnutzung der Grundstücke sicherstellen (mehrstöckige Gewerbebauten, Hoch- und Tiefgaragen etc.).

Neue Verkehrsflächen dürfen nicht auf Kosten von Grünflächen geschaffen werden.

Die Erfassung von Altlasten muß systematisch betrieben werden. Für die Beseitigung von Bodenverschmutzungen ist ein Bewertungsmodell zu erarbeiten, das Prioritäten für die Reihenfolge der Sanierung festlegt. Die Kosten für die Beseitigung hat der Verursacher zu tragen. Für die Fälle, in denen ein Verursacher nicht mehr feststellbar oder nicht mehr haftbar gemacht werden kann, ist auf gesetzlicher Grundlage ein Bodensanierungsfonds zu bilden, in den Produzenten und Anwender dieser Stoffe Beiträge zu entrichten haben.

– Der Erhalt der Natur einschließlich unserer Wälder bedarf besonderer Anstrengungen. Naturschutzverbände, Gartenbauämter und Forstbehörden müssen durch Aufstockung der Haushaltsmittel und bessere personelle Ausstattung in die Lage versetzt werden, ihren in Zukunft immer dringlicheren Aufgaben gerecht zu werden.

Es sind alle Maßnahmen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit des Waldes gegen natürliche Schäden zu ergreifen; dies bedeutet vor allem die Entwicklung einer natürlichen, standorttypischen Artenzusammensetzung des Waldes. Die Anzahl der Natur- und Landschaftsschutzgebiete muß vergrößert werden. Gefährdete und vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten sind durch intensive landschaftspflegerische Maßnahmen der bestehenden Biotope und durch Schaffung neuer Lebensräume zu erhalten. Anzustreben sind besonders Erhalt und Gestaltung von zusammenhängenden Grünflächen (Vernetzung), z.B. Grünzungen vom Südgelände bis zum Tiergarten.

Die Pflege der innerstädtischen Grünflächen muß mehr nach ökologischen Gesichtspunkten ausgerichtet werden. Die Gartenbauämter müssen aufgefordert werden, Gras und Laub umfassend und örtlich zu kompostieren.

– Die Bundesgartenschau wird in der vom Senat geplanten Form abgelehnt. Die SPD fordert dagegen ein Konzept, das die ökologische Situation in der Stadt durch Neuschaffung von Grünflächen und Grünzügen verbessert.

– Tierschutz ist eine immer bedeutsamer werdende Komponente des Umweltschutzes. Die Notwendigkeit, die ethische Stellung des Tieres in unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung zu verbessern, hat allgemein Anerkennung gefunden. Deshalb fordert die SPD eine Neufassung des Tierschutzgesetzes mit dem Ziel, Tierversuche drastisch zu verringern. Tierversuche dürfen nur zulässig sein, wenn es keine anderen Möglichkeiten gibt, zur Erhaltung von Leben und Gesundheit von Menschen unverzichtbare Erkenntnisse zu gewinnen. Die Berliner Tierversuchskommission muß zu einer Ethikkommission weiterentwickelt und personell sowie materiell in die Lage versetzt werden, ihren gesetzlichen Auftrag auch tatsächlich erfüllen zu können.

Die zentralen Tierlaboratorien der Freien Universität Berlin werden geschlossen und anders genutzt werden.

In der medizinischen und veterinärmedizinischen Ausbildung müssen Tierversuche Schritt für Schritt durch Alternativen ersetzt werden. Ein gezieltes Förderungsprogramm für versuchstierfreie Forschung ist ins Leben zu rufen.

– Grün- und Erholungsflächen dürfen nicht weiter vermindert oder beseitigt werden. Die vorhandenen Kleingärten sind zu erhalten und planungsrechtlich zu sichern. Vor allem die innerstädtischen Bezirke müssen besser mit Grün versorgt werden.

Deshalb wird die SPD den von der Mehrheit aus CDU und FDP durchgepeitschten Flächennutzungsplan (FNP 84) so verändern, daß die derzeit noch in Berlin vorhandenen Grün- und Freiflächen erhalten bleiben. Dabei kommt insbesondere dem Landschaftsprogramm Berlin eine hohe Bedeutung zu, das in seiner rechtlichen Bedeutung dem FNP gleichgestellt werden muß.

– Berlin braucht ein umfassendes Konzept zur Reduzierung der Lärmbelastigung. Es ist ein Lärmschutzprogramm zu entwickeln, das Straßenverkehrslärm, Schienenverkehrslärm, Gewerbe- und Industrielärm, Lärm am Arbeitsplatz, Baustellenlärm, Fluglärm und Lärm von Schießplätzen einschließt.

– Den Berliner Verwaltungen ist die bevorzugte Beschaffung bzw. Einführung von umweltverträglichen Produkten sowie Recyclingprodukten vorzuschreiben.

– 1994 läuft der Müllverbringungsvertrag mit der DDR aus. Der Senat plant eine neue Müllverbrennungsanlage für eine halbe Milliarde DM in Neukölln. Die SPD setzt auf ein Konzept der Abfallvermeidung und Wiederverwertung, das diese gewaltige Investition überflüssig macht. Wir lehnen den Bau einer neuen Müllverbrennungsanlage ab.

– Zur Unterstützung einer bürgernahen Umweltverwaltung und ihrer Versorgung mit den notwendigen wissenschaftlichen Informationen tritt die SPD für eine Zusammenfassung der in Berlin vorhandenen wissenschaftlich-technischen Einrichtungen zu einer Serviceeinrichtung und zentralen Stelle für berlinbezogene Umweltforschung ein.

– Viele Umweltprobleme Berlins lassen sich nur in Zusammenarbeit mit der DDR lösen. Die SPD tritt daher für die Einrichtung einer ständigen Kommission auf technischer Ebene ein, in der Fragen des Umweltschutzes im Berliner Raum erörtert werden können.

Energie

Für die Berliner Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten bestehen die vorrangigen Ziele einer zukunftsträchtigen Energiepolitik in der sparsamen und rationellen Verwendung von Energie, in der Sicherheit der Energieversorgung der Stadt, in einem wirksamen Umweltschutz und in der Schaffung zukunftsträchtiger Arbeitsplätze. Der derzeitige Senat hat es unterlassen, vorliegende energiepolitische Ideen in die Tat umzusetzen. Die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommissionen des Abgeordnetenhauses „Zukünftige Energiepolitik“ und „Berliner Energie- und Kraftwerkspolitik“ sind mißachtet worden. Durch die eklatanten Versäumnisse des Senats befindet sich die Berliner Energiepolitik auf fast allen Gebieten im Vollzugsdefizit.

Dies gilt für die Schaffung einer rationellen Wärmeversorgung ebenso wie für die Stromersparung in allen Verwendungsbereichen. Es gilt für die Neuorganisation der Berliner Energieversorgungsstruktur ebenso wie bei Forschung, Information und Kooperation mit der DDR.

Sozialdemokratische Energiepolitik geht demgegenüber von dem Leitgedanken aus, daß sowohl die ökonomischen als auch die ökologischen und sozialen Probleme in unserer Stadt am besten durch den geringstmöglichen Einsatz von fossilen Energieträgern bei Erfüllung der erforderlichen Energiedienstleistungen in allen Verwendungsbereichen zu lösen sind.

In diesem Sinne fordert die Berliner SPD:

– Das 1981 bis 1983 erarbeitete örtliche Wärmeversorgungskonzept für Berlin ist unverzüglich umzusetzen. Ein umfassendes Programm zur Wärmedämmung sowie zur Verbesserung der Heizungs- und Regelungsanlagen bei öffentlichen und privaten Gebäuden ist durchzuführen und durch ein besonderes Landesfinanzierungskonzept zu fördern.

Das Fernwärmesystem ist zü-

ger auszubauen. Die Preise für Fernwärme sind zu vereinheitlichen.

Überschußenergien der Industrie und privater Erzeuger sind bei angemessener Bezahlung in das Versorgungsnetz einzuspeisen.

– Die Gasversorgung ist auch im gewerblichen und industriellen Bereich mit Vorrang auszubauen. Dabei muß der Übergang von eigenerzeugtem Stadtgas zur direkten Erdgasversorgung gefördert und beschleunigt werden. Bei den Gaspreisen sind umweltpolitische Zonentarife einzuführen. Damit soll ein Anreiz zum verstärkten Einsatz des umweltfreundlichen Erdgases gegeben werden, die gerade in den hoch mit Schadstoffemissionen belasteten Stadtteilen erforderlich ist.

– In der Stromversorgung treten die Berliner Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten allen Bestrebungen des Senats entgegen, die Kraftwerkskapazitäten weiter zu erhöhen. Berlin braucht keine Erhöhung der Stromproduktion und keine zusätzlichen Kraftwerke, sondern eine rationelle Stromverwendungspolitik.

Durch den Einsatz neuer Technologien und die Ausschöpfung von Einsparpotentialen durch die Verbraucher ist die rationelle Stromnutzung in allen Bereichen - private Haushalte, Industrie, Gewerbe und Verkehr - finanziell attraktiv zu machen und durch geeignete Informations- und Beratungsinstrumente zu fördern. Veraltete Anlagen müssen schrittweise durch Energieerzeugungsanlagen ersetzt werden. Die Bedingungen für die Einspeisung von Überschußenergie der Industrie und privater Erzeuger sowie für den Bezug von Reststrom müssen so gestaltet werden, daß davon Anreize zur Errichtung von Energieerzeugungsanlagen ausgehen.

Durch eine Neugestaltung der Tarifstruktur sollen stärkere Anreize zum Energiesparen gegeben und Lastspitzen des Stromverbrauchs abgebaut werden. Die Ersetzung von Nachtstromspeicherheizungen ist voranzutreiben; der Neubau solcher Heizungen zu unterbinden.

Das Land Berlin muß den Einsatz solcher elektrischen Geräte und Anlagen fördern, die den geringsten spezifischen Stromverbrauch bei gleichen Leistungen aufweisen.

– Es ist eine Energie-Agentur zu schaffen, die neben techni-

scher und finanzieller Beratung auch spartenunabhängige Energieparberatung betreibt sowie Finanzierungshilfen für energiesparende oder umweltschonende Maßnahmen anbietet. Aktivitäten von Bürgerinitiativen und Verbände auf diesem Gebiet sind verstärkt durch öffentliche Mittel zu unterstützen.

– Der zwischen BEWAG, PREAG und der DDR-Gesellschaft INTRAG vereinbarte Vertrag stellt keinen Stromverbund her, sondern ist ein Stromlieferungsvertrag, der Berlin (West) zur Abnahme von erheblichen Strommengen verpflichtet. Er behindert die Einsparung von Strom in Berlin und erzeugt neue Abhängigkeiten.

Deshalb ist der Stromlieferungsvertrag durch einen echten regionalen Stromverbund mit der DDR zu ersetzen. Ein solcher Verbund auf der Basis dezentraler Energieerzeugungsanlagen bietet auch bessere Möglichkeiten, eine verbraucherfreundliche Energie-Sparpolitik zu verwirklichen.

– Eine verstärkte Zusammenarbeit mit der DDR auf energiepolitischem Gebiet bringt Vorteile für beide Seiten. Dies gilt für die Zusammenarbeit bei Großprojekten etwa zur Entschwefelung der Kraftwerke der DDR in Verbindung mit der Modernisierung und dem Ausbau der Transitwege auf der Schiene und für die Zusammenarbeit bei Projekten kleinerer und mittlerer Größenordnung zur Verbesserung des rationellen Energieeinsatzes und der Produktivität in bestimmten Wirtschaftsbereichen der DDR, im Gewerbe und im Bereich privater Haushalte.

Ein Energieverbund zwischen Ost- und West-Berlin würde zu kürzeren Leitungswegen für Fernwärme, zur Vereinfachung der Reservehaltung der Kraftwerke, zur Umweltentlastung und zur Erhöhung der Versorgungssicherheit und der Sicherheit allgemein in beiden Teilen der Stadt führen.

– Die konsequente Fortentwicklung rationeller Energieverwendung und rationeller Energietechnologien ist einer der herausragenden Anwendungsbereiche für das große Forschungs- und Entwicklungspotential in Berlin. Im Rahmen einer langfristigen Zukunftsperspektive sollte dabei die ökologische und soziale Daseinsvorsorge und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Stadt im Mittelpunkt stehen. Außerdem sollte das Forschungs- und

Entwicklungspotential u.a. auf Gebieten wie Entwicklung und Einsatzmöglichkeiten regenerativer Energien und Energiespeichertechnologien für Wärme und Strom ausgebaut werden.

– Der Zuständigkeitswirrwah in der Energiepolitik ist zu beenden und durch eine transparente Planungs- und Entscheidungsstruktur zu ersetzen. Zur Finanzierung der Energieeinsparungs- und Umweltschutzmaßnahmen ist zusätzlich zur Inanspruchnahme öffentlicher Haushaltsmittel ein Energiefonds zu schaffen, der durch einen zusätzlichen Aufschlag auf die Energiepreise finanziert werden soll.

Verkehr

Schon heute sind in Berlin 750.000 Kraftfahrzeuge zugelassen. Die Prognosen sagen bei unveränderten verkehrspolitischen Rahmenbedingungen ein Anwachsen um weitere 250.000 Kraftfahrzeuge auf 1 Million voraus.

Der Senat nimmt diese umwelt- und verkehrspolitisch verheerende Entwicklung als „naturgegeben“ hin, obwohl die stadtzerstörende Wirkung des ungebremsten Autoverkehrs offenkundig ist.

Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten setzen dem die Politik des Vorrangs für den öffentlichen Nahverkehr, das Fahrrad und den Fußgänger entgegen. Unser Ziel ist der vernünftige Umgang mit dem Pkw. Die SPD hat deshalb ein umfassendes Konzept zur Neugestaltung des innerstädtischen Verkehrs in Berlin erarbeitet und zur Diskussion gestellt.

Dazu gehören unter anderem:

– Eine Steigerung der Attraktivität der BVG durch mehr Kundenfreundlichkeit, kürzere Fahrtakte und bessere Fahrplanbestimmung.

– Ein attraktiver und übersichtlicher BVG-Tarif, der nur noch aus Komponenten Fahrzeit und Gesamtnetz besteht („Berlin-Tarif“). Kernstück dieses Vorschlags ist die Umweltkarte für 65 DM (bei jährlicher Vorauszahlung 50 DM) monatlich.

– Eine Politik, die den Vorrang des Autoverkehrs in einen Vorrang für die anderen Verkehrsarten (BVG, Fahrrad, Fußgänger) umkehrt und den Straßenraum entsprechend anders verteilt. Wir wollen ein Netz von Busspuren in unserer Stadt, die die „großen Gelben“ schneller machen und wir wollen fahrradfreundliche Straßen in Berlin.

— Die Wiederinbetriebnahme weiterer S-Bahnstrecken in unserer Stadt und die Fortführung des U-Bahnbaus. Die SPD hat hierfür bereits ein Investitions- und Finanzierungskonzept erarbeitet, das die Inbetriebnahme des Südrings bis 1992, des Nordrings bis 1994 und der Strecken nach Staaken und Lichtenfelde Süd bis 1998 vorsieht. Die U-Bahn-Linie 8 soll bis ins Märkische Viertel (Senftenberger Ring), die U-Bahn-Linie 9 bis Lankwitz weitergebaut werden.

— Der Schnellstraßen- und Autobahnbaubau in Berlin ist abgeschlossen. Die Planungen für eine Nord-Süd-Straße, die B 101 und die Verlängerung der Autobahn nach Neukölln werden von der SPD abgelehnt.

— Die Innerorts zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h muß auf 30 km/h reduziert werden. Höhere Geschwindigkeiten dürfen nur noch auf dafür gesondert ausgewiesenen Hauptverkehrsstraßen zugelassen werden. Tempo 30 stellt sowohl einen Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit als

auch zur Lärm- und Abgasminderung dar.

— Die Förderung des Fahrradverkehrs ist eine wirksame Umweltschutzmaßnahme. Im Rahmen einer ökologisch ausgerichteten Gesamtverkehrsplanung kann der Fahrradverkehr zur Lösung der innerstädtischen Verkehrsprobleme beitragen. Die ausschließliche Förderung von Radwegen hat sich nicht bewährt. Die Unfallgefährdungen von Radfahrern stehen in einem engen Zusammenhang mit dieser Politik.

Eine künftige Radverkehrspolitik muß eine bessere Sicherung der vorhandenen Radwege erreichen und zu Systemen der Radstreifen auf der Fahrbahn aufbauen. In diesem Zusammenhang sind die Velorouten für Berlin ein besonderer Teil des zukünftigen Radverkehrsnetzes.

Die Berliner SPD will, daß Berlin „Weltstadt“ bleibt. Dazu muß unsere Stadt über attraktive Fernverkehrsverbindungen verfügen. Für die SPD steht dabei der Ausbau der Eisenbahnver-

bindungen im Vordergrund. Dies schließt den Bau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Berlin und Hannover, aber auch die Verbesserung des Standards auf den anderen Eisenbahnverbindungen ein.

Unser Ziel ist es, durch attraktive Eisenbahnverbindungen möglichst viele bisherige Fluggäste und Autofahrer als Eisenbahnkunden zu gewinnen und dadurch die Umweltbelastungen durch den Flug- und Autoverkehr zu reduzieren. Die von den alliierten Luftfahrtattachés genehmigte Ausweitung des Flugverkehrs auf den Inlandstrecken lehnen wir ebenso ab, wie den Ausbau des Flughafens Tegel und Tempelhof und dem daraus zwingend folgenden besonderen Schutzgebot für die Berliner Bevölkerung (Sicherheit, Lärm, Abgase) ist die Zahl der Flüge von vornherein als begrenzt anzusehen.

Die Berliner SPD ist dafür, daß die Einbeziehung Berlins in den internationalen Nord-Süd- bzw. West-Ost-Flugverkehr normalisiert wird. Neue Flugverbindungen zu Zielen, die mit ande-

ren Verkehrsträgern nicht oder nur unter deutlich höherem Aufwand erreichbar sind, stärken die Attraktivität und den Status Berlins. Eine Zunahme dieser Flugverbindungen muß aber zu Lasten der Zahl der Inlandsflüge gehen, so daß die Gesamtzahl der Flüge von und nach Berlin nicht erhöht wird.

Keinesfalls darf Berlin-Tegel als Umsteigeplatz im Sinne eines Ersatzes für erschöpfte Aufnahmekapazitäten anderer bundesdeutscher Flughäfen genutzt werden.

Wegen der mit dem Flugverkehr verbundenen besonderen Belastungen für die Bevölkerung durch Lärm und Abgase dürfen im Berlin-Verkehr nur die modernsten lärm- und abgasarmen Flugzeuge eingesetzt werden. Nur unter dieser Voraussetzung ist der Flugverkehr auf lange Sicht tolerabel.

Aber auch der passive Lärmschutz muß verbessert werden. Die SPD setzt sich daher für eine deutliche Ausweitung der Fluglärmmzonen ein und hat eine entsprechende Gesetzesinitiative ergriffen.

II. 4

Bessere Gesundheitsversorgung für Berlin

Im Prinzip verfügt Berlin über ein leistungsfähiges System der Gesundheitsvorsorge und der Krankenversorgung. Wir haben eine große Anzahl niedergelassener Ärzte und ein großes Angebot an Krankenhausbetten in drei Krankenhäusern der Maximalversorgung einschließlich der beiden Universitätskliniken, zahlreichen Fachkliniken und mehr als 60 Krankenhäusern der Regelversorgung. Dennoch wird dieses Angebot unter der Politik des gegenwärtigen Senats nicht in der richtigen Weise genutzt, um Gesundheit für alle zu gewährleisten.

— Die Säuglingssterblichkeit ist in Berlin höher als in den anderen Ländern der Bundesrepublik und höher als in den meisten anderen Industrieländern. Fast bei der Hälfte der Berliner Schulkinder werden gesundheitliche Schäden festgestellt.

— Mehr Menschen als in anderen Industrieländern sterben schon frühzeitig an Krankheiten des Herzens, des Kreislaufes oder infolge von Krebs.

— Viele ältere Menschen leiden unter chronischen Krankheiten.

Die Versäumnisse des Senats im Umweltschutz behindern eine vorbeugende Gesundheitspolitik. CDU und FDP verschleiern die Zukunft einer humanen Krankenversorgung in teuren Prestigeprojekten. Großkrankenhäuser und Apparatemedizin sind kein Allheilmittel für humane Krankenversorgung. Im Gegenteil: Sie zwingen Menschen in anonyme Apparate und binden öffentliche Mittel, die an anderer Stelle im Gesundheitswesen sehr viel sinnvoller eingesetzt wären.

Über eine Milliarde DM will der Senat für die überflüssige und schädliche Verlagerung des Universitätsklinikums Charlotenburg zum Rudolf-Virchow-Krankenhaus ausgeben. Dieses Geld wäre für die bessere Gestaltung von Krankenhäusern der Regelversorgung und für die Schaffung von Nachsorgehäusern und Tageskliniken dringend nötig und wird dort fehlen.

Der Krankenhausplan des Senats führt zu einem unausgewogenen konzeptionslosen Bettenabbau und beeinträchtigt die Krankenversorgung in mehreren Regionen der Stadt erheblich.

Diese verfehlte Politik wird auf dem Rücken unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger ausgetragen. Sie sind es vor allem, die unter einer Verschlechterung der Gesundheitsvorsorge und der Krankenversorgung zu leiden haben. Die geplante Blümsche „Gesundheitsreform“ tut ein übriges. Sie bittet die sozial Schwächeren zur Kasse. Dies gilt bei Medikamenten, bei Zahnersatz und auf vielen anderen Gebieten.

Wiederherstellung und Erhalt der Gesundheit sollen künftig mit Minderung des Lebensstandards bezahlt werden. Dies ist ein Weg, den Sozialdemokraten nicht mitgehen können.

Die SPD stellt der verfehlten Gesundheitspolitik der konservativ-liberalen Koalition eine Politik entgegen, die dazu führen

soll, daß alle die Möglichkeit haben, gesund zu leben und im Falle der Erkrankung wieder gesund zu werden.

Krankheitsursachen müssen verstärkt bekämpft werden. Wir brauchen eine vorbeugende Gesundheitspolitik. Defizite und Fehlentwicklungen des Gesundheitswesens müssen durch Reform behoben werden.

— Wir werden die gesundheitlichen Belastungen durch Umweltverschmutzung, durch Schadstoffe in Luft, Wasser und Boden bekämpfen (s. Abschnitt II.3).

— Im Arbeitsleben muß die Gesundheit besser als bisher geschützt werden. Gefährliche Arbeitsstoffe müssen durch unbedenkliche ersetzt werden; neue Arbeitsstoffe und -verfahren einer Überprüfung auf ihre gesundheitlichen Auswirkungen unterworfen werden. Die Stellung der Betriebsärzte ist zu verbessern. Wir fordern einen von der Belegschaft gewählten Gesundheitsbeauftragten in den Betrieben.

– Der gesundheitliche Verbraucherschutz ist auszubauen. Kontrolltätigkeit und Aufklärung müssen verstärkt werden. Die Grenzwerte für gesundheits-schädliche Stoffe in Nahrungsmitteln, Kosmetika etc. sind zu verschärfen.

– Zu verstärken ist auch die Aufklärung über die Folgen einer gesundheitsschädlichen Lebensweise z. B. durch falsche Ernährung, Alkohol-, Nikotin-, Medikamenten- oder Rauschmittelmißbrauch.

In Kindergärten und Schulen muß die Gesundheitserziehung intensiviert werden. Eltern müssen Hilfen bei der Gesundheitserziehung ihrer Kinder angeboten werden.

– Der bisherige öffentliche Gesundheitsdienst muß zu einem wirksamen kommunalen Gesundheitsdienst ausgebaut werden, der wichtige Aufgaben der Beratung und Aufklärung übernimmt. In allen Bezirken sind in Kooperation mit den Krankenkassen Gesundheitsberatungsstellen einzurichten.

– Die ambulante Versorgung im Wohnumfeld ist zu verbessern. Wann immer es möglich ist, sollen auch kranke Menschen in die Lage versetzt werden, zu Hause zu leben und angemessen versorgt zu werden. Fachübergreifende Arbeitsteams im Gesundheit- und Sozialbereich, nachdrückliche Förderung von Gemeinschaftspraxen, direkte

Kooperation der stationären und ambulanten Versorgung, Förderung von Selbsthilfe der Kranken und ihrer Angehörigen und die Schwerpunktverlagerung von Ressourcen vom stationären in den teilstationären und ambulanten Bereich sind notwendige Maßnahmen.

Die Sozialstationen müssen unter verbindlicher Festlegung ihrer Aufgaben eine regionalisierte Versorgung sicherstellen. Sie müssen finanziell und personell so ausgestattet werden, daß sie ihre Aufgaben in Hauspflege und Hauskrankenpflege optimal erfüllen können und für viele Patienten eine echte Alternative zur stationären Versorgung darstellen.

– Die Immunschwäche Aids ist zu einem der großen gesundheitspolitischen Probleme unserer Zeit geworden. Die SPD fordert eine ständige Verbesserung der Aufklärung über Vorbeugungs- und Schutzmaßnahmen. Sie setzt sich für eine Intensivierung der Forschung über Mittel zur Bekämpfung der Krankheit Aids ein. An Aids Erkrankte dürfen nicht diskriminiert oder gesellschaftlich isoliert werden. Angemessene Formen der Therapie, der Unterbringung und der Betreuung sind zu entwickeln.

Auch hier gilt, wenn es vom Krankheitsbild her möglich ist, der Vorrang der ambulanten vor der stationären Versorgung.

– Chronisch Kranke und pflegebedürftige Menschen, die in Pflegestationen leben müssen, müssen human betreut und angemessen versorgt werden. Dies bedarf einer Verstärkung und besseren Ausbildung des Personals in Krankenhäusern für Langzeitkranke. Es müssen genügend Chronikerbetten geschaffen werden, damit chronisch Erkrankte nicht auf unangemessen kostspielige Weise in Akutkrankenhäusern untergebracht werden müssen oder Familien durch die Pflege in langen Wartezeiten übermäßig belastet werden.

Durch gesetzliche Absicherung des Pflegefallrisikos ist sicherzustellen, daß pflegebedürftige Menschen nicht zu Sozialfällen werden und ein menschenwürdiges Leben führen können.

– Die stationäre Versorgung muß in Krankenhäusern erfolgen, in denen der Mensch im Mittelpunkt steht. Apparatemedizin muß auf das unabdingbare notwendige Mindestmaß beschränkt werden. Die Patientenbetreuung ist zu verbessern. Der akute Mangel an Krankenpflegekräften ist nicht hinnehmbar.

Die Arbeitsbedingungen von Krankenschwestern und Krankenpflegern müssen verbessert werden; dies gilt für die Bezahlung ebenso wie für Arbeitszeit und Arbeitseinsatz.

– Die Hochleistungsmedizin muß auf die Krankenhäuser, die nach strengen fachlichen und regionalen Gesichtspunkten dafür ausgewählt werden, beschränkt werden. Neben den Krankenhäusern der Maximalversorgung sollen alle anderen Krankenhäuser in ein differenziertes System der Regelversorgung, der Nachsorge und der Grundversorgung eingeordnet werden.

– Die SPD tritt für zwei Universitätsklinika an den Standorten Steglitz und Charlottenburg ein. Sie wird die Verlagerung des Universitätsklinikums Charlottenburg zum Rudolf-Virchow-Krankenhaus und den Bau des neuen Großklinikums Rudolf Virchow rückgängig machen, soweit dies technisch und praktisch noch möglich ist.

– Die Krankenkassen müssen wieder zu einer wirksamen Selbsthilfeorganisation der Bürger im Kampf gegen die Ursachen und die Folgen von Krankheiten werden. Ihre Aufgaben in Aufklärung der Patienten, Vertretung ihrer Interessen, auch bei Behandlungsfehler-Prozessen, und Gesundheitsvorsorge sind zu verstärken.

Die SPD will Gesundheit für alle, unabhängig von Geldbeutel und sozialem Status. Sie will Gesundheit in einer geschützten, natürlichen Umwelt und zu Bedingungen, die einem demokratischen und freiheitlichen Sozialstaat angemessen sind.

II. 5

Gleichstellung von Frauen und Männern

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist unter dem CDU-geführten Senat nicht vorangekommen. Weder die Frauenbeauftragte des Senats noch die neubestellten Frauenbeauftragten der Bezirke haben ausreichend Kompetenzen, um eine wirksame Frauenförderung zumindest überall da zu betreiben, wo politische Entscheidungen die Chance haben, hinsichtlich von Einstellungen, Beförderungen und Schaffung von frauen- und familienfreundlicher Rahmenbedingungen etwas Wirksames für die Gleichstellung zu tun.

Bundespolitisch drohen eher Rückschläge. Die Bonner Pläne für ein Beratungsgesetz in Sa-

chen § 218 ist eine Attacke auf die Mündigkeit der Frauen und trägt zur Bevormundung und Verunsicherung bei. Frauen lassen sich nicht länger mit leeren Versprechungen abspeisen. Der Gleichberechtigung vor dem Gesetz muß die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens folgen.

– Dies gilt besonders für das Erwerbsleben. Noch immer sind bestimmte Berufe faktisch Männern vorbehalten. Noch immer sind Frauen in Führungspositionen nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Nach wie vor ist der Grundsatz gleicher Lohn für

gleichwertige Arbeit nicht durchgesetzt. Nach wie vor sind es Frauen, die auf sozial schlecht ausgestattete Teilzeitarbeitsverhältnisse abgeschoben werden. Und nach wie vor leiden berufstätige Frauen unter der Doppelbelastung von Arbeitsleben, Haushalt und Kindererziehung.

– Wirtschaftliche Unabhängigkeit und gleiche Berufschancen sind aber die wichtigste Voraussetzung der Emanzipation.

Deshalb fordert die SPD spezielle Ausbildungsangebote für Frauen in technischen Berufen und Dienstleistungsberufen.

– Im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft muß es

Frauenförderpläne geben, die dafür sorgen, daß bei gleicher Qualifikation bevorzugt Frauen eingestellt, höhergruppiert oder befördert werden.

– Familie und Beruf müssen miteinander vereinbar sein. Dies gilt für Familien, in denen beide Partner berufstätig sind ebenso wie für alleinerziehende Frauen. Deshalb ist ein ausreichendes Angebot an Kindertagesstätten unabdingbar.

Die SPD fordert, daß bis 1992 mindestens 10.000 weitere, überwiegend städtische, Kitaplätze eingerichtet werden. Die derzeitigen Wartezeiten und die derzeitige Warteliste, die rund 30.000 Kinder umfaßt, sind nicht hinnehmbar.

– Die SPD fordert einen Elternurlaub von 18 Monaten für beide Partner insgesamt, damit Frauen und Männer sich bei der Kindererziehung abwechseln können.

– In Bildung und Erziehung sind verstärkt partnerschaftliche Leitbilder zu vermitteln, um die bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen für ein neues Rollenverhalten zu schaffen.

– Die SPD lehnt die Bonner

Pläne zur Verschärfung von § 218 StGB ab. Sie setzt sich für eine generelle Abschaffung der Strafbarkeit der Schwangerschaftsunterbrechung ein.

– Gewalt gegen Frauen muß auf allen Ebenen bekämpft werden. Deshalb ist es unumgänglich, mehr Sicherheit für Frauen zu schaffen. Die SPD fordert ein Nachtaxiprogramm für Frauen und eine Ausweitung des Liftprojekts der BVG (nächtlicher

Zubringerdienst bis zur Haustür von den Endhaltestellen aus). Frauen müssen genauso sicher und frei wie Männer abends ausgehen können.

– Die Frauenhäuser brauchen mehr Personal und mehr verfügbare Mittel. Gleiches gilt für die Projekte zur Betreuung sexuell mißhandelter Mädchen und Jungen.

Die SPD fordert auch ein verschärftes Vorgehen gegen Gewaltpornografie und gegen er-

niedrigende öffentliche Darstellungen der Frau.

Das gewachsene Selbstbewußtsein von Frauen und die intensive Aufklärungsarbeit der Frauenbewegung haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, mit der Gleichstellung auf allen gesellschaftlichen Ebenen ernst zu machen. Die Gleichstellung von Frauen und Männern im gesellschaftlichen Leben ist ein nicht umkehrbarer Prozeß.

II. 6

Bezahlbare Wohnungen für Berlin

Die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum ist eine politische Aufgabe, die der Erfüllung eines Grundbedürfnisses der Menschen dient. Durch eine Fülle von Versäumnissen und Fehleinschätzungen hat der CDU/FDP-Senat eine neue Wohnungsnot in Berlin verursacht.

Kern dieser neuen Wohnungsnot ist der Mangel an preiswerten Wohnungen bei einem seit Jahren zu verzeichnenden Ansteigen der Nachfrage. Die Zahl der Anträge auf Ausstellung eines Wohnberechtigungsscheines ist von 66.000 im Jahre 1981, dem Jahr des Regierungswechsels, kontinuierlich bis zu fast 100.000 im Jahre 1987 gestiegen. Deutlich ansteigend ist auch die Zahl der anerkannten Dringlichkeitsfälle. Der steigenden Nachfrage und der Zunahme der Zahl der Haushalte in Berlin, die amtlich belegt ist, stand keine nennenswerte Zunahme preiswerter Wohnungen gegenüber.

Heute ist der Berliner Wohnungsmarkt undurchsichtiger denn je. Es gibt keine exakten Erkenntnisse darüber, ob in Berlin Wohnungen gehortet werden oder in welchem Umfang Leerstände vorliegen. Im Unterschied zur Situation vor zwei Jahren, wo von erheblichen Leerständen in den großen Wohnsiedlungen die Rede war, können die städtischen Wohnungsgesellschaften heute so gut wie alle von ihnen angebotenen Wohnungen vermieten. Es gibt keine Leerstandsreserve mehr. Menschen, die eine preiswerte Wohnung suchen, brauchen enormes Glück oder gute Beziehungen, wenn sie überhaupt zum Zuge kommen wollen.

Die verhängnisvollste wohnungspolitische Fehlentscheidung, die Bundesregierung und Senat zu verantworten haben, war die Aufhebung der Mietpreisbindung im Jahre 1987. Diese Entscheidung ging von der irrigen Annahme aus, es gäbe in Berlin einen Markt, der durch seine Mechanismen bezahlbare Mieten sicherstellen würde. Der in der Urabstimmung der Berliner Mieterinnen und Mieter im Mai 1987 von rund 500.000 Berlinerinnen und Berlinern eindrucksvoll bekundete politische Wille, die Mietpreisbindung beizubehalten und in ein Dauerrecht umzuwandeln, wurde mißachtet. Die Aufhebung der Mietpreisbindung war ein Schritt, das Angebot an preiswertem Wohnraum, an Wohnungen für junge Familien mit Kindern und für Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen weiter zu verringern.

Die dringend erforderliche Aufstockung der Programme für den sozialen Wohnungsbau wird auch dadurch behindert, daß der Senat einen jahrelangen Ausverkauf von öffentlichem Grund und Boden an GmbH und Co KG's betrieben und städtische Unternehmen und Genossenschaften aus ideologischen Gründen benachteiligt hat. Zahlreiche Abschreibungsgesellschaften üben Zurückhaltung, weil ihnen die staatlichen Mittel und ihre Rendite zu gering sind. Die städtischen Wohnungsbau-Genossenschaften verfügen nicht über genügend Grundstücke, um ihre Bautätigkeit der Nachfrage entsprechend gestalten zu können.

Die Versorgung mit angemessenem Wohnraum ist eine öffentliche sozialpolitische Aufgabe. Um diesem Anspruch ge-

recht zu werden, fordert die Berliner SPD die folgenden Maßnahmen:

– Neubau von Sozialwohnungen in direkter kommunaler Trägerschaft in einem Modellversuch analog dem Bau von Schulen, Kindertagesstätten und anderen öffentlichen Einrichtungen.

Damit ist automatisch die Abschaffung des bisherigen Förderungssystems und die Ausschaltung von Generalübernehmern verbunden. Die Wohnungen werden nach Fertigstellung an eine gemeinnützige Gesellschaft zur Verwaltung übertragen. Auf diese Weise sind Bauvorhaben in kürzerer Frist realisierbar, weil man nicht auf den guten oder bösen Willen Dritter angewiesen ist. Das finanzielle Risiko ist nicht höher als gegenwärtig. Es entfällt der Finanzierungsumweg über Geschäftsbanken, da von der Wohnungsbaukreditanstalt akquiriertes Kapital direkt in die kommunalen Baumaßnahmen fließen kann.

Auf diese Weise entsteht eine höhere Transparenz der Preisgestaltung, da die öffentliche Ausschreibung vorgeschrieben ist und Generalübernehmer ausgeschlossen bleiben. Das Genehmigungsverfahren kann auf diese Weise flexibler werden.

– Eine aktive Grundstückspolitik durch Ausnutzung von Vorkaufsrechten. Öffentliche Wohnungsbaugrundstücke sollen nur noch durch die Stadt selbst bzw. durch gemeinnützige Wohnungsunternehmen, insbesondere Wohnungsbaugenossenschaften benutzt werden.

Wir fordern die Einrichtung eines Sonderfonds des Bundes

und der Länder, aus dem auch Berlin Mittel zum Erwerb privater Grundstücke zu Wohnungsbauzwecken erhält.

Die SPD fordert eine Unterstützung der Wohnungsbaugenossenschaften durch bevorzugte Zuteilung von Fördermitteln.

– Bessere Ausnutzung vorhandener Grundstücksreserven durch höhere Verdichtung in bestimmten Stadtteilen, zum Beispiel durch die Bebauung oberirdischer Parkplätze, durch die Aktivierung von nicht genutztem Eisenbahngelände und durch Maßnahmen im Zentralen Bereich.

– Beseitigung baurechtlicher Probleme beim Dachgeschoßausbau durch eine landesrechtliche Regelung, die die Einzelfallentscheidung erleichtert, indem z.B. bestimmte städtische Gebiete grundsätzlich für den Dachgeschoßausbau freigegeben werden. Dabei ist eine höhere öffentliche Förderung entbehrlich, da sie preistreibend wirkt und die gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht in der Finanzierung, sondern im Baurecht liegen.

– Verbesserung der zielgerichteten Versorgung von Dringlichkeitsfällen durch eine Neuregelung im Sinne der alten Überlassungsverordnung sowie durch eine Ausweitung des städtischen Belegungsrechts von Sozialwohnungen.

– Aufrechterhaltung der sozialen Bindung der Bestände der städtischen Gesellschaften auch nach Rückzahlung oder Ablösung der öffentlichen Mittel. Eine solche Regelung ist nicht zuletzt erforderlich wegen des Wegfalls der Wohnungsgemeinnützigkeit im Zuge der Steuerreform.

– Kontinuierliche wissenschaftliche Untersuchung des Berliner Wohnungsmarktes und Erstellung eines jährlichen Wohnungsmarktberichtes, um die gegenwärtige Unsicherheit aufzuheben und für Transparenz bei der Analyse und Gestaltung des Wohnungsmarktes zu sorgen.

– Einführung eines Landes-Mietengesetzes mit dem Ziel einer dauerhaften Begrenzung des Mietanstieges. Hierzu muß eine Ermächtigung des Bundes erwirkt werden. Der Inhalt eines solchen Gesetzes sollte sich an den Vorschlägen des Berliner Mietervereins orientieren. Berlin

als Stadt ohne Umland bedarf einer Kontrolle und Begrenzung der Mietenentwicklung, um Wohnungen bezahlbar zu halten.

– Die Berliner SPD fordert das gesetzliche Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

– Die Fehlsubventionierungsabgabe im sozialen Wohnungsbau muß neu gestaltet werden. Ziel der Neuordnung ist, diejenigen Mieterinnen und Mieter, für die die Fehlsubventionierungsabgabe eine unbillige Härte bedeutet, von dieser Abgabe zu befreien, die Staffelung gerech-

ter zu gestalten und von Beziehern hoher Einkommen eine Fehlsubventionierungsabgabe zu erheben, die über die derzeitige Obergrenze von DM 2,00 pro Quadratmeter hinausgeht.

– Zur behutsamen Stadterneuerung (wenig Abriß, keine Verdrängung der jetzigen Bewohner, Betroffenenbeteiligung) gibt es keine Alternative; Sanierung braucht zusätzlich ein soziales Konzept; in den innerstädtischen Sanierungsgebieten ist es eine vordringliche Aufgabe, Arbeitslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit insbesondere Jugendlicher zu überwinden.

Die aktuelle Misere in der Berliner Wohnungspolitik läßt sich nicht mit kurzfristig wirksamen Mitteln beseitigen, da die Gründe für die derzeitige Lage in jahrelangen Versäumnissen und Fehleinschätzungen des gegenwärtigen Senats liegen. Nur ein Bündel wohnungs- und mietenpolitischer Maßnahmen kann mittelfristig die Situation verbessern.

Sozialdemokratische Politik will dafür die Voraussetzungen schaffen und unverzüglich eine Entwicklung einleiten, an deren Ende die Versorgung aller Berliner Haushalte mit bezahlbarem Wohnraum steht.

III. 1 Sozialpolitik

Es war stets in ihrer 125jährigen Geschichte das Anliegen der SPD, soziale Gerechtigkeit zu erkämpfen und zu verwirklichen. Auf soziale Sicherheit haben alle Menschen Anspruch.

Sozialpolitik hat heute im wesentlichen zwei Aufgaben wahrzunehmen:

Den Schutz aller Menschen vor Risiken, die nur durch gemeinsames und solidarisches Handeln bewältigt werden können und die zukünftige Gestaltung und Weiterentwicklung unserer Gesellschaft zu einem sozialen und gerechten Gemeinwesen.

Konservativ-liberale Regierungspolitik in Bonn und Berlin hat keinen Beitrag zur Weiterentwicklung des freiheitlichen und demokratischen Sozialstaates geleistet. Mit der Streichung bzw. den Kürzungen wichtiger Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BaföG), mit den zusätzlichen Belastungen der Rentnerinnen und Rentner, mit den Eingriffen in soziale Leistungen für Behinderte und nicht zuletzt mit dem Verzicht auf eine wirksame Beschäftigungspolitik, der zu mehr Arbeitslosigkeit und zu einer Steigerung der Zahl der Sozialhilfeempfänger geführt hat, ist eine Politik des sozialen Abbaus betrieben worden, gegen die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns auf das schärfste wenden.

Auf dem Rücken der sozial Schwächeren ist eine Entwick-

lung eingeleitet worden, die die Unternehmereinkommen enorm hat steigen lassen. Es hat eine gewaltige Umverteilung von den weniger begüterten Schichten der Bevölkerung in die Taschen der Reichen stattgefunden.

Die von der CDU so oft proklamierten Prinzipien der Selbsthilfe und der Subsidiarität (des Vorrangs für die kleinere Gemeinschaft) werden von den derzeit in Bonn und Berlin Regierenden als Alibi dafür mißbraucht, Lebensrisiken wieder auf den einzelnen zurückzulagern. Gerade weil sie Subsidiarität und Selbsthilfe ernst nimmt, stellt die SPD einer solchen Politik des sozialen Abbaus und der Aushöhlung der sozialstaatlichen Garantien ihre Alternative einer Politik der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität entgegen.

– Einkommen und Vermögen müssen gerechter verteilt werden. Die enormen Unterschiede im Bruttoerwerbseinkommen und Vermögenseinkommen müssen durch solidarische Gesellschaftspolitik gemindert werden.

– Sozialpolitik muß heute in erster Linie vorbeugende Sozialpolitik sein. Die Reparatur aufgetretener Probleme wird immer notwendig bleiben, es wird immer darum gehen, Notlagen und Mangelsituationen auszugleichen.

Soziale Notlagen dürfen gar nicht erst entstehen. Es ist humaner und wirtschaftlich sinn-

voller, Sozialpolitik künftig stärker auf Vorbeugen und Vorsorgen auszurichten, wenn sich dies durch vorausschauende Gestaltung der Gesellschaft vermeiden läßt.

– Sozialpolitik hat die Basis einer sozialen Sicherung zu schaffen. Erst auf einer solchen materiellen Basis ist eine eigenständige Lebensgestaltung möglich.

Eine moderne Sozialpolitik muß die Spielräume für die individuelle Lebensgestaltung ausweiten. Sie darf nicht auf jedes entstehende soziale Problem eine bürokratische Antwort geben, sondern muß auch auf die Mitwirkung der einzelnen und ihre Bereitschaft zur Selbsthilfe und zur solidarischen Hilfe gegenüber dem Nächsten setzen.

Von diesen Grundsätzen geleitet, will die SPD:

– Eine soziale Grundsicherung schaffen, die dafür sorgen soll, daß allen Menschen ein menschenwürdiges Leben in unserem Sozialstaat möglich ist. Der Anspruch auf soziale Grundsicherung muß auch dann bestehen, wenn keine Rente oder kein Arbeitslosengeld bezogen wird. Sie gilt in Fällen der Arbeitslosigkeit, der Berufs- und Erwerbsunfähigkeit und im Alter. Das Grundsicherungsniveau muß im Prinzip dem Niveau einer verbesserten Sozialhilfe entsprechen.

– Eine Reform der Sozialhilfe. Dabei muß das Niveau der Regelsätze in der Sozialhilfe ange-

hoben werden, erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängern muß Hilfe zur Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß gewährt werden. Die Heranziehung von nicht im Haushalt des Hilfeempfängers lebenden unterhaltsverpflichteten Eltern und Kindern zu den Kosten der Sozialhilfe muß aus Gerechtigkeitsgründen eingeschränkt werden.

Sozialhilfe muß stärker pauschaliert und als Zuschuß, nicht als Darlehen geleistet werden. Sie muß zudem verstärkt als ein soziales Recht, nicht als Almosen begriffen und bewertet werden.

– Die Selbsthilfe fördern. Der Staat kann und darf nicht alles machen. Über die sozialstaatlichen Garantien hinaus besteht moderne Sozialpolitik in der Förderung von Selbsthilfeinitiativen in den verschiedensten Bereichen:

- im Kulturbereich,
- im Bildungsbereich,
- im Wohn- und Baubereich,
- im Umweltbereich

und bei Frauengruppen und Gruppen älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Beispiele für das Gemeine sind Jugendliche, die selbstverwaltete Jugendzentren aufbauen, Arbeitsloseninitiativen, die versuchen, aus eigener Energie Arbeitsplätze zu schaffen, Altenwohngemeinschaften und Selbsthilfe- und Gesprächsgruppen von Menschen, die von bestimmten Krankheiten betroffen sind.

Solche Gruppen bedürfen der Förderung und der Hilfe zur Selbsthilfe. Ein freiheitlicher Sozialstaat zeichnet sich dadurch aus, daß derartige Initiativen nicht bürokratisch eingeeengt, sondern gefördert und in ihrer Fähigkeit, Probleme selbst zu lösen, ermutigt und weiterentwickelt werden.

Sozialpolitik ist zu einem erheblichen Teil Politik für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Deshalb will die SPD:

— Die Bereitstellung eines ausreichenden finanzierbaren Wohnungsangebots auf dem Qualitätsniveau des gehobenen sozialen Wohnungsbaues für die älteren Menschen fördern.

— Ambulante und teilstationäre Dienste ausbauen, damit ältere Menschen im angestammten Wohnbereich bleiben können.

— Seniorenheime personell besser ausstatten, damit die Betreuung insbesondere pflegebedürftiger Menschen sichergestellt ist.

— Durch die gesetzliche Absicherung des Pflegefallrisikos dafür sorgen, daß ältere Menschen, die pflegebedürftig wer-

den, auch in materieller Hinsicht menschenwürdig leben können.

— Ein selbständiges Leben im Alter durch ein ausreichendes finanzierbares Wohnungsangebot auf dem Qualitätsniveau des gehobenen sozialen Wohnungsbaues sichern. Dabei können Wohn- und Betreuungsformen nicht gesondert voneinander gesehen werden.

Ambulante und teilstationäre Dienste und Behandlungs- und Pflegeeinrichtungen sind so auszubauen bzw. zu qualifizieren, daß

- kein Wechsel der Wohnform allein wegen gestiegener Pflegebedürftigkeit nötig wird,

- qualifizierte Betreuung und Pflege in der eigenen Wohnung möglich wird,

- individuelles Wohnen und Leben in der stationären Einrichtung selbstverständlich wird.

— Senioren den Zugang zu den wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen sowie den Freizeiteinrichtungen in Berlin erleichtern.

Behinderte Mitbürgerinnen und Mitbürger sollen wie jeder nicht behinderte Mensch in un-

serer Gesellschaft leben können. Sie dürfen nicht ausgegrenzt oder abgeschoben werden.

Deshalb fordert die SPD:

— Mehr Mobilität durch den behindertengerechten Ausbau von Bus, U- und S-Bahn sowie der Bahnhöfe und Haltestellen, von öffentlichen Straßen und Plätzen, öffentlichen Gebäuden, wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen sowie der Kaufhäuser und anderer Geschäftsgebäude.

Diese Einrichtungen müssen auch für Behinderte und alte Menschen gefahrlos und ohne fremde Hilfe erreichbar und benutzbar sein.

— Den verstärkten Bau von behindertengerechten Wohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau.

— Integrierte Einrichtungen, die Sonderfreizeitformen für Behinderte ersetzen.

— Die Eingliederung von Behinderten in das Arbeitsleben. Dazu müssen auch kleineren und mittleren Unternehmen Anreize geboten werden, schwerbehinderte Arbeitnehmer/innen dauerhaft zu beschäftigen.

— Eine Erhöhung der Aus-

gleichsabgabe pro Arbeitsplatz auf DM 400, um die Arbeitgeber wirkungsvoller als bisher dafür zu erinnern, daß auch Schwerbehinderte Anspruch auf Arbeit haben.

— Den Vorrang für betreutes Einzelwohnen und Wohngemeinschaften vor einer Heimunterbringung.

— Die Einführung der sozialen Rehabilitation als selbständiger und gleichwertiger Leistungsbegriff in das Sozialrecht. Angebot und Maßnahmen zur sozialen Rehabilitation dürfen keine freiwilligen und jederzeit rücknehmbaren Leistungen sein, sondern müssen zur Pflichtaufgabe eines sozialen Rechtsstaates werden.

Es ist Aufgabe der Länderregierungen und insbesondere des Berliner Senats - nicht zuletzt aufgrund der hohen Zahl der in unserer Stadt lebenden älteren Menschen - insbesondere des Berliner Senats, die Initiative für eine Stärkung des freiheitlichen und demokratischen Sozialstaates zu ergreifen und im eigenen Bereich die Maßnahmen zu verwirklichen, die dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit dienen.

III. 2 Familie

Familien und insbesondere junge Menschen sind von allen Bereichen der Politik unmittelbar betroffen. Die soziale und humane Qualität einer Gesellschaft zeigt sich nicht zuletzt in den Chancen, die sie ihren Kindern eröffnet. Jugendpolitik ist Zukunftspolitik. Gemessen an diesem Anspruch ist Berlin keine familien- und kinderfreundliche Stadt.

Es gibt wohl kaum einen Bereich, in dem der Senats derartig inaktiv und bar jeder positiven Leistung ist, wie in der Familienpolitik.

Das schlimmste Beispiel für diese Inaktivität ist die Entwicklung im Bereich der Kindertagesstätten. In Berlin leben 159.643 Kinder im Alter bis zu neun Jahren, für die aber nur 68.583 Plätze in Kindertagesstätten (Stand 31.12.87) zur Verfügung stehen.

Die Abschaffung des Null-Tarifs und die Einführung gestaffelter Gebühren für Kindertages-

stätten sind damals vom CDU-geführten Senat damit begründet worden, auf diese Weise mehr Mittel für die Schaffung neuer Kindertagesstättenplätze zu gewinnen.

Die Bilanz ist erschreckend: Für rund 30.000 Kinder wird aktuell und dringend ein Kindertagesstättenplatz gesucht, den der Senat jedoch nicht zur Verfügung zu stellen vermag. Es gibt auch keine erkennbaren Initiativen des Senats, dem akuten Mißstand abzuweichen, der für die zahlreichen betroffenen Kinder den Verzicht auf eine sinnvolle vorschulische Erziehung und für die betroffenen Eltern erhebliche Schwierigkeiten in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bedeutet. Alleinerziehende Mütter und Väter sind in besonderer Weise betroffen.

Deshalb fordert die SPD:

— Das Angebot an Kindertagesstättenplätzen muß schnell und dem Bedarf entsprechend ausgeweitet werden. Mindestens 10 000 neue Kindertagesstät-

tenplätze sind erforderlich. Auch die Grundschulen müssen eine Ganztagsbetreuung anbieten.

— Das Mitspracherecht der Eltern in Kindertagesstätten muß abgesichert werden.

— Es sind verstärkt pädagogisch betreute Spielplätze einzurichten.

— Der Kinderschutz muß verbessert und das Züchtigungsverbot durchgesetzt werden.

— Für Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren sind besondere Betreuungsangebote zu entwickeln.

— Die gemeinsame Erziehung und Betreuung von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen muß - mit entsprechender personeller Ausstattung - in allen Einrichtungen der Jugendhilfe ermöglicht werden.

— Im Interesse der Verkehrssicherheit insbesondere für Kinder ist vor Kindertagesstätten, Schulen und in reinen Wohngebieten eine Geschwindigkeitsreduzierung durchzusetzen. Die

Verkehrserziehung ist auszubauen.

— Zur Koordination aller Aktivitäten zum Schutz und zur Wahrung der Lebenschancen von Kindern ist ein/eine dem Abgeordnetenhaus verantwortlicher/verantwortliche Kinderbeauftragter/eine Kinderbeauftragte einzusetzen.

— Die SPD setzt sich für die Gründung eines Landesfamilienbeirates ein. Sie fordert eine verstärkte Familienfortbildung für Familien und Familienverbände.

— Die Bezirksämter müssen in die Lage versetzt werden, sozial bedürftigen Familien schnelle und unbürokratische Hilfe zu leisten; z.B. durch Familienhelfer/innen.

— Es sind alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um durch Verbesserungen des Wohnumfeldes familiengerechtes Wohnen, auch durch die Schaffung von mehr Grün und mehr Spielplätzen zu erleichtern.

III. 3 Jugend

Die SPD will auch die junge Generation für die aktive Gestaltung der Demokratie gewinnen. Sie wendet sich gegen eine Ungleichheit der Generationschancen, das heißt, sie will verhindern, daß die heute aufwachsende Generation durch den „Zufall“ des eigenen Geburtsjahrganges von Lebenschancen teilweise oder ganz abgeschnitten wird.

Jugend hat sich im Verlauf dauerhaften Wirtschaftswachstums zu einem langen eigenständigen Lebensabschnitt entwickelt. Dies drückt sich aus in längeren Ausbildungszeiten, verbesserten Einkommensverhältnissen und besseren Chancen der Bildung, eigenen Wohnens, anderen Reisens sowie für veränderte Geschlechterverhältnisse und die Entwicklung vielfältiger eigener Lebensstile und Umgangsformen, für mehr Selbstbestimmung und -gestaltung des Lebens.

Diese Verbesserungen führten zu gewachsenen Lebensansprüchen, die durch die soziale Entwicklung seit Ende der 70er Jahre infrage gestellt werden.

Ein Teil der Jugendlichen kommt weiter in lebenslanger Vollzeitarbeit unter; ein anderer ist von ungesicherter Beschäftigung und Arbeitslosigkeit bedroht. Für ihn wird die Wirklichkeit „im besseren Fall“ von Teilzeitarbeit, ausgelagerter Arbeit,

Leiharbeit, Selbsthilfeprojekten, Nischenfirmen, Schwarzarbeit usw. geprägt.

Ziel sozialdemokratischer Politik muß es sein, die in unserer Gesellschaft längst vorhandene Ausgrenzung, Benachteiligung und Entmutigung ganzer Teile der Jugend zu bekämpfen.

In diesem Sinne wird sich die SPD um folgende Prioritäten der Jugendpolitik bemühen:

– Die Berliner SPD wird sich für die Wiederherstellung einer finanziell ausreichenden Ausbildungsförderung für Schülerinnen, Schüler und Studierende einsetzen, damit der sich erneut verstärkende Trend zur Benachteiligung von Arbeiterkindern im Bildungswesen gebrochen wird.

– Die Berliner SPD wird sich dafür einsetzen, daß junge Menschen mehr als bisher an demokratischen Willensbildungsprozessen beteiligt werden. Deshalb brauchen wir eine bessere Mitbestimmung im Bereich der Jugendvertretung, eine effektivere Mitwirkung in der Schule und eine freie Schülerzeitungsarbeit.

– Die Berliner SPD wird sich dafür einsetzen, daß die Jugendverbände als Organisationen, in denen demokratisches und politisches Bewußtsein gebildet und geübt wird, politisch und materiell unterstützt werden.

Eine verlässliche staatliche Förderung durch Jugendpläne muß deshalb auch künftig erhalten bleiben.

– Die Berliner SPD wird sich dafür einsetzen, daß Mädchen und junge Frauen in ihren Anstrengungen, eine Lebensperspektive mit Erwerbs- und Familienarbeit zu finden, unterstützt werden.

Wir fordern Hilfen zur Integration der Männer in der Hausarbeit - wie der jungen Frauen in attraktive Erwerbsarbeitsformen.

– Die Berliner SPD wird die Ausbildungspflicht der Unternehmen einfordern. Wer nicht ausbildet, soll zahlen!

Die Berliner SPD wird sich für eine bundeseinheitliche Regelung der Finanzierung der beruflichen Bildung einsetzen, mit der dann gezielt qualifizierte und zukunftsorientierte Ausbildungsplätze geschaffen werden können (z.B. in außerbetrieblichen Werkstätten).

– Die Berliner SPD will den Einstieg Jugendlicher in den Beruf über die Ausbildung hinaus absichern. Für arbeitslose Jugendliche sind neue Arbeitsprojekte zu schaffen und vorhandene Projekte besser finanziell auszustatten.

Ein sozialdemokratisch geführter Senat wird ein Programm zur Finanzierung von Einstiegsarbeitsplätzen für Jugendliche vorlegen, die nach Abschluß ih-

rer Berufsausbildung von ihrem Ausbildungsbetrieb nicht übernommen werden.

– Die Berliner SPD wendet sich dagegen, daß die Freizeitgestaltung der Jugendlichen immer stärker den kommerziellen Angeboten überlassen wird. Daher sind die öffentlichen Jugendfreizeiteinrichtungen attraktiver zu gestalten und mit dem Ziel einer intensiveren Nutzung durch Jugendliche zu verbessern.

Der seit Jahren angekündigte Freizeittättenbericht des Senats muß endlich erstellt und vorgelegt werden.

Die Einrichtungen der Jugendbildungsarbeit sind in ihrer Wirksamkeit vor allem durch die Finanzierung der Bildungsreferenten zu verbessern.

– Die Berliner SPD wird sich dafür einsetzen, daß kein Jugendlicher, der einmal straffällig geworden ist, dafür sein Leben lang büßen soll. Dazu bedarf es einer Verbesserung des Jugendstrafrechts, durch die Abschaffung der Untersuchungshaft für Minderjährige, die Stärkung des sozialpädagogischen Elements, eines Ausbaus von sozialpädagogischen Einrichtungen sowie die bessere Nachbetreuung jugendlicher Straftatlassener.

Die Berliner SPD fordert den Vorrang der Leistungen der Jugendhilfe vor weiteren Maßnahmen des Jugendgerichtsetzes.

III. 4 Schule und Weiterbildung

Maxime sozialdemokratischer Schul- und Weiterbildungspolitik bleibt der in Paragraph 1 des Berliner Schulgesetzes formulierte Erziehungsauftrag: „Ziel muß die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie,

des Friedens, der Freiheit, der Menschenwürde, die Gleichheit der Geschlechter zu gestalten.“

Die von diesem Grundgedanken aus gestaltete, im wesentlichen von sozialdemokratischer Politik geprägte Berliner Schule gilt heute noch als vorbildlich. Deshalb geht es sozialdemokratischer Politik nach wie vor darum, jedem einzelnen Kind und Jugendlichen die größtmögliche Förderung im Rahmen einer gemeinsamen Schule für alle zu ermöglichen und die Mo-

dernisierung des Bildungswesens unter Berücksichtigung der Veränderungen in Gesellschaft und Umwelt sicherzustellen.

Wichtige Ergebnisse sozialdemokratischer Bildungspolitik in Berlin sind u.a.:

– Die Grundschule, in der alle Kinder sechs Jahre lang gemeinsam leben und lernen.

– Die Gesamtschulen, die in großer Zahl und mit unterschiedlicher Profilierung heute von nahezu einem Drittel der Schüler und Schülerinnen in dem entsprechenden Alter besucht werden.

– Ein 10. Pflichtschuljahr für alle.

– Die berufsbildenden Oberstufenzentren, in denen neben einer beruflichen Grundbildung auch das Abitur als Schulabschluß erworben werden kann.

Diese und andere Leistungen sozialdemokratischer Bildungspolitik konnten auch durch konservative Schulpolitik nicht rückgängig gemacht werden. Sie haben sich als tragfähig erwiesen und bilden die Grundlage für weitergehende Bestrebungen.

Die Bilanz der Schulpolitik seit Regierungsantritt des gegenwärtigen Senats ist negativ.

– Der Schülerrückgang und die dadurch verbesserte Lehrer-Schüler-Relation ist nicht als Chance für pädagogische Verbesserungen genutzt worden. Im Gegenteil: Es wurde sogar bei Lehrerstunden für den Unterricht ausländischer Kinder, beim Förderunterricht und bei den Teilungsstunden in der ersten und zweiten Klasse gekürzt.

– Immer noch gibt es den Beschluß des CDU/FDP-Senats, wonach jede vierte freierwerbende Lehrerstelle eingespart werden soll, obwohl die Schülerzahlen besonders in der Grundschule längst wieder steigen und in den verschiedenen Schulstufen bereits wieder Mangel an fachspezifisch qualifizierten Lehrern zu verzeichnen ist.

– Seit Amtsantritt des konservativ-liberalen Senats gibt es keine Schulentwicklungspläne mehr. Berlin lebt schulpolitisch von der Hand in den Mund.

– Durch Planungschaos ist auch die Lehrerausbildung gekennzeichnet. Der Senat ist nicht bereit einzuräumen, daß der Lehrerberuf in den neunziger Jahren wieder wächst und demgemäß mit dem Abbau der Kapazitäten unserer Hochschulen zur Lehrerausbildung schleunigst Schluß gemacht werden muß. Es fehlt an Beratung von Studienanwärtern und -anwärterinnen auf der Basis einer verlässlichen Bedarfsprognose.

– Die Gremien nach dem Schulverfassungsgesetz, insbesondere der Landesschulbeirat, beklagen sich zu recht über Verletzungen ihrer Anhörungsrechte und mangelnde Beteiligung an schulpolitischen Entscheidungen.

– Obrigkeitsstaatliches Denken kommt in der Disziplinierung von Schülern, die an Schülerdemonstrationen teilgenommen haben, über den Weg der Zensuren ebenso zum Ausdruck wie in der Verfolgung der Lehrerinnen und Lehrer, die sich im Herbst 1983 an Friedensaktivitäten beteiligt hatten.

– Wie sehr der Senat Schulpolitik vernachlässigt, zeigt sich symbolisch auch darin, daß in den beiden Regierungserklärungen des derzeitigen Regierenden Bürgermeisters der Begriff Schule überhaupt nicht vorkommt.

Demgegenüber fordern wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Weiterentwicklung des Bildungswesens in Berlin. Unser Leitbild ist die demokratische und humane Leistungsschule: Demokratisch in ihrer Struktur und in den von ihr vermittelten Werten und Bildungszielen. Human in ihren inneren Gestaltungsprinzipien und im Verhältnis all derer zueinander, die in der Schule gemeinsam mitwirken: der Lehrer, Schüler und Eltern.

Sozialdemokratische Bildungspolitik orientiert sich an dem Prinzip „Fördern statt Auslesen“. Sie wendet sich gegen die prinzipielle Trennung von Bildungsgängen. Vielmehr soll innere Differenzierung es ermöglichen, unterschiedlichen Neigungen und Talenten die optimale Entfaltungsmöglichkeit zu bieten.

Die Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen das Bildungswesen von folgenden Ansätzen her weiterentwickeln:

– Die Anzahl der Kinder in den Vorklassen und Vorschulgruppen muß drastisch gesenkt und auf zwölf bis vierzehn Kinder pro Gruppe festgelegt werden. In jeder Grundschule müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß eine Eingangsstufe (Verbund von Vorklassen und 1. Klasse) eingerichtet wird.

– Die sechsjährige Grundschule bleibt erhalten. Das unzulängliche Bandbreitenmodell soll durch ein Förderkonzept ersetzt werden, bei dem die Frequenzen generell gesenkt und zusätzliche Lehrerstunden für förderungsbedürftige Kinder und für die Kinder in den 1. und 2. Klassen bereitgestellt werden.

– In allen Klassen der Oberschule (Sekundarstufe I) soll die Schülerzahl auf 26 (Hauptschule generell 18) gesenkt werden – unter Beibehaltung der Frequenzminderung bei hohem Ausländeranteil.

– Wir lehnen jede Form pädagogischer Ausgrenzung ab. Ausländische Schülerinnen und Schüler müssen mit deutschen Schülerinnen und Schülern gemeinsam unterrichtet werden. Die schulische Integration bedarf zusätzlicher räumlicher, finanzieller und personeller Mittel.

– Behinderte und nichtbehinderte Kinder sollen verstärkt gemeinsam unterrichtet werden.

Die erforderliche Personalausstattung für Integrationsklassen ist zu gewährleisten. Dies bedingt den Einsatz ausgebildeter Sonderschulpädagogen an allen Schulstufen. Sonderschulen sollen zu Förderzentren weiterentwickelt werden. Das Recht der Eltern behinderter Kinder auf die Wahl der Schulart muß durch eine Schulgesetzänderung sichergestellt werden.

– Die SPD betrachtet die Gesamtschule als wichtiges Element des Berliner Bildungswesens ein. Neue Gesamtschulen sollen nicht von oben verordnet, sondern in Übereinstimmung mit dem Elternwillen eingerichtet werden.

– Die SPD fordert eine schnelle Sanierung der Schulgebäude, bei deren Bau oder Umbau in gesundheitsgefährdender Weise Asbest verwandt worden ist. Da diese Sanierung einen erheblichen Zeitraum in Anspruch nehmen wird, muß für eine längere Übergangsfrist in ausreichendem Umfang Ersatzschulraum bereitgestellt werden. Pädagogische Nachteile für die betroffenen Schülerinnen und Schüler müssen ausgeschlossen werden. Eine Erweiterung der Schulraumkapazitäten ist aktuell auch wegen der großen Zahl der Aussiedler unabwendbar.

– Die SPD ist gegen den Versuch, Rahmenpläne für Unterricht und Erziehung in Stoffpläne zu verwandeln. Rahmenpläne sollen übergreifende Lernziele formulieren, die Umsetzung in Arbeitspläne jedoch den Schulen überlassen. Dabei sollte die Möglichkeit zur Durchführung besonderer Unterrichtsformen wie des „offenen Unterrichts“ nicht behindert, sondern gefördert werden.

– Aufgrund der wieder wachsenden Schülerzahlen und wegen notwendiger pädagogischer Verbesserungen dürfen die an den Universitäten vorhandenen Kapazitäten der Lehrerausbildung nicht weiter verringert werden. Dem pädagogischen Aspekt der Ausbildung ist ein stärkeres Gewicht zuzumessen. Eine verbesserte Fortbildung und die Beteiligung der Lehrerinnen und Lehrer an der Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst durch Reduzierung der Pflichtstundenzahl führen zu einem erhöhten Lehrerberuf, der voll durch Neueinstellungen abgedeckt werden muß.

– Das Angebot an Ganztagschulen und an Schulen mit Ganztagsbetreuung muß systematisch erweitert werden. Darnit soll insbesondere der sozialen Situation alleinerziehender Mütter und Väter Rechnung getragen werden.

– Die SPD ist gegen eine Kürzung des pädagogischen Angebots für die Schüler und wird eine fundierte Schulentwicklungsplanung vorgeben, in der der Personal- und Raumbedarf auch im Hinblick der beabsichtigten Weiterentwicklung ausgewiesen sind.

– Die Mitbestimmungsrechte nach dem Schulverfassungsgesetz müssen erhalten und ausgebaut werden. Die SPD tritt dafür ein, daß die Beteiligungsrechte der Eltern, Schüler und Lehrer wieder so zur Geltung kommen, wie es Geist und Buchstaben des Schulverfassungsgesetzes entspricht.

– Im Sinne von Paragraph 1 des Berliner Schulgesetzes sind Gedenkstättenfahrten von Schülern und anderen Jugendgruppen intensiv zu fördern. Jede Schülerin und jeder Schüler sollte einmal während der Schulzeit das ehemalige Vernichtungslager Auschwitz besuchen. Zuschüsse zur Finanzierung solcher Fahrten sollten auch über einen freien Träger, wie z.B. den Ring Politischer Jugend, abgewickelt werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns für den Ausbau der Weiterbildung zu einem integrierten viernten Bereich des öffentlichen Bildungswesens ein.

Daraus ergibt sich:

– Die kulturelle und soziale, politische und berufliche Weiterbildung muß als öffentliche Aufgabe anerkannt werden.

– Weiterbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsangebote müssen erweitert, institutionalisiert und professionalisiert werden. Hierzu müssen die bezirklichen Volkshochschulen ausgebaut werden. Eigene Häuser der Volkshochschulen müssen Zentren öffentlicher Weiterbildung werden.

– Allen Arbeitnehmern müssen Bildungsurlaub und Sabbatjahre mit materieller Absicherung ermöglicht werden.

– Wir brauchen ein Aus- und Weiterbildungs-Förderungs-gesetz unter Einbeziehung einer Umlage der Betriebe und der Wirtschaft.

III. 5

Wissenschaft

In der Amtszeit des derzeitigen Senats seit 1981 sind die Berliner Hochschulen in besonderer Weise Opfer der konservativen Wende geworden. Die demokratische Mitbestimmung ist drastisch abgebaut worden, die bürokratische Gängelung der Hochschulen hat ebenso zugenommen wie die Zahl der Einzeleingriffe des Senats in hochschulinterne Entscheidungen.

Aus Prestige Gründen sind öffentliche Gelder in unverantwortlichem Ausmaße verschwendet worden. Das eklatanteste Beispiel ist die Klinikumsverlagerung. Weitere Beispiele sind die zahlreichen Gründungen von Einrichtungen, die dem Prestige des Senats eher dienen als den Bedürfnissen von Lehre und Forschung in Berlin.

Ergebnis von mehr als sieben Jahren CDU-Hochschulpolitik ist die Perspektivlosigkeit der Studenten und des wissenschaftlichen Nachwuchses. Attraktive Forschungsbereiche werden mehr und mehr aus den Universitäten herausverlagert. Die Wissenschaftsverwaltung selbst ist durch sachlich nicht zu rechtfertigende Umstrukturierungen ins Chaos gestürzt worden.

Mit 100.000 Studentinnen und Studenten und fast 30.000 Beschäftigten sind die Berliner Hochschulen für unsere Stadt zu wichtig, um eine Politik wie die vom derzeitigen Senat betriebene länger verantworten zu können.

Die wissenschaftspolitischen Aussagen der Berliner SPD ver-

binden das Ja zur modernen Technik und zum Leistungsprinzip mit dem Eintreten für demokratische Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit. Wir plädieren für eine Intensivierung der Zusammenarbeit von Hochschulen, Staat und gesellschaftlichen Organisationen. Dabei brauchen die Hochschulen mehr Freiraum. Sie müssen von überflüssigen Einzeleingriffen der Administration entlastet werden.

Berlin bietet hervorragende Voraussetzungen für eine verstärkte Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse für die gesellschaftliche Praxis. Wissenschaft und Forschung gehören zu den wichtigsten Elementen der Zukunftssicherung unserer Stadt. Eine große Chance für Berlin liegt auch in der Tatsache, daß unsere Hochschulen in großer Zahl junge Menschen aus dem übrigen Bundesgebiet und aus dem Ausland ausbilden. Sie müssen zu Botschaftern Berlins werden. Schon deshalb braucht die Stadt eine andere Wissenschaftspolitik als die, die der gegenwärtige Senat betreibt.

Darum fordert die Berliner SPD in ihrem wissenschaftspolitischen Programm:

- Ein demokratisches Berliner Hochschulgesetz, das die Mitwirkung aller Gruppen in den Selbstverwaltungsgremien stärkt, die Kuratorialverfassung wieder herstellt und das Wahlverfahren für die Präsidenten und Rektoren nach den Grundsätzen der pluralistischen Demokratie gestaltet.

- Für die Fachhochschulen

mehr Kooperation in Lehre und Forschung mit den Universitäten, die Kuratorialverfassung und die Einbeziehung von Praxissemestern in die Studiengänge.

- Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, für die Fachhochschulen die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Abschlüsse von den EG-Ländern anerkannt werden können.

- Eine Reform der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BaföG), die den Bonner Kahltschlag des Jahres 1982 überwindet und die überwiegende Zuschußfinanzierung wieder herstellt.

- Eine Studienreform, die kürzere Studienzeiten nicht zum Selbstzweck macht, aber durch Abwerfen von Ballast ermöglicht; Studium muß mehr sein als bloße Berufsausbildung, die Studienordnungen müssen auch die Möglichkeit des Teilstudiums vorsehen.

- Eine intensive Förderung der Frauenforschung, die Ausstattung der Frauenbeauftragten mit mehr Rechten und mehr Berücksichtigung frauenspezifischer Belange im Wissenschaftsbetrieb.

- Eine Forschungsförderung mit Schwerpunkt auf Projekten, in denen Natur- und Sozialwissenschaftler interdisziplinär zusammenarbeiten, und die Gründung eines Instituts für Umweltforschung als gemeinsame Einrichtung der Berliner Hochschulen.

- Ein stärkeres finanzielles Engagement der privaten Gesellschaften bei „Instituten an der Universität“ (An-Instituten) und eine stärkere Kontrolle durch die

gewählten Selbstverwaltungsgremien.

- Eine Umstrukturierung der Akademie der Wissenschaften zu einer echten Arbeitsakademie mit demokratischer Binnenstruktur, die eng mit den Berliner Hochschulen verbunden ist.

- Eine hochschulübergreifendes Institut für Friedensforschung, das insbesondere die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander schwerpunktmäßig behandelt.

- Ein Wissenschaftskontor Berlin als Informationsbörse und Beratungsstelle für gesellschaftliche Organisationen und ihre Zusammenarbeit mit Wissenschaftseinrichtungen.

- Die Stilllegung der zentralen Tierlaboratorien an der Freien Universität Berlin, die Schaffung eines Instituts für versuchstierfreie Forschung und die Einsetzung einer Ethikkommission zur wirksamen Überprüfung der Notwendigkeit von Tierversuchen.

- Den Verzicht auf die Verlagerung des Universitätsklinikums Charlottenburg zum Rudolf-Virchow-Krankenhaus, wenn es technisch und praktisch noch möglich ist, diese gigantische Fehlentscheidung des Senats zu korrigieren.

Sozialdemokratische Wissenschaftspolitik will den Hochschulen und sonstigen Forschungseinrichtungen helfen, ihre für die Gesellschaft wichtigen Aufgaben zu erfüllen. Sie will zugleich weniger Staat, mehr Freiraum für die Wissenschaftseinrichtungen und verbesserte Ausbildungs- und Berufschancen für die Studentinnen und Studenten.

III. 6 – Kultur

Berlin war und ist eine europäische Kulturmetropole, die sich durch ein einzigartiges Spannungsverhältnis zwischen Hoch-, Alternativ-, Alltags- und Industriekultur auszeichnet. Aktive Kulturpolitik hat die Aufgabe, die Kooperation, den Gedanken- und Erfahrungsaustausch der verschiedenen Kulturszenen und damit die kulturelle Lebendig-

kelt der Stadt durch vernünftige Rahmenbedingungen zu unterstützen.

Aus der Geschichte und der besonderen Lage erwächst Berlin ein besonderer Auftrag. Es gilt, die kulturelle Tradition der europäischen Mitte wiederzubeleben, um über Grenzen hinweg die Stadt zu einem Ort künstlerischer Begegnung und kulturellen Austausches in allen Kultur-

szenen zu entwickeln. Die Kulturspektakel der 750-Jahr-Feier und E'88 konnten diesem Auftrag nicht oder nur bedingt gerecht werden. Die Chance, die vorhandenen kulturellen Strukturen der Stadt langfristig zu sichern, ist durch einen inflationären Kulturimport vertan worden.

Wichtige Aufgabenstellung sozialdemokratischer Kulturpolitik ist es, Menschen durch den

Umgang und die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur zu befähigen, Selbstbestimmung und Aktivität gegen kritiklosen Konsum, Passivität und Fremdbestimmung zu setzen.

- Die SPD bekennt sich deshalb zu einer Verstärkung der dezentralen Kulturinitiativen.

- Kultur ist ein wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor. Der Wirtschaft kommt deshalb eine

vermehrte Verantwortung zu, sich an den Gemeinkosten für Kultur, insbesondere an der von ihr geforderten Spitzenkultur zu beteiligen.

Kunst darf sich jedoch nicht in eine an ökonomischen Daten festgemachten Erfolgsstatistik hineindrängen lassen.

– Berlin braucht ein Programm 'Arbeit und Kultur', das Kunst und Kultur als gesellschaftliche Zukunftsinvestition begreift und jungen Menschen berufliche Perspektiven eröffnet. Hierzu gehören auch Förderungsmodelle für kulturelle Kleinstrukturen, die bedingte steuerliche Abzugsfähigkeit des Erwerbs von Kunstgegenständen und ein breites angelegtes Konzept der Förderung vor allem talentierter Nachwuchskünstler über Wettbewerb, Preise, Workshops und Stiftungen.

– Die Berliner SPD unterstützt

nachdrücklich freie Kulturinitiativen und dezentrale Kultureinrichtungen als Ausdruck des Werkstattcharakters der Kulturlandschaft Berlin.

Die Rahmenbedingungen für ihre Arbeit ist unabhängig von unterschiedlichen kulturellen Wertmaßstäben und ästhetischen Traditionen in Form von direkten und indirekten Förderungsmaßnahmen zu verbessern. Hierbei sind auch die kulturellen Bedürfnisse und Aktivitäten ausländischer Künstler und Mitbürger einzubeziehen.

Im einzelnen fordert die SPD:

- ausreichende Übungs-, Probe- und Spielstätten,
- angemessene Projektförderung für freie Musik- und Theatergruppen,
- personelle und finanzielle Verstärkung für die bezirklichen Kunstämter und die Heimatmuseen,

– bedarfsgerechte personelle und finanzielle Ausstattung der Musikschulen,

– ein Programm zur Zusammenarbeit von aktiven Künstlern, Schule und Volkshochschule, um Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Kunst und Kultur praxisnah zu vermitteln und gleichzeitig einen Beitrag zur materiellen Unterstützung von Künstlern zu leisten.

– Die großen staatlichen Häuser bilden neben einigen Privat-Theatern das Rückgrat der Berliner Spitzenkultur. Es ist an der Zeit, daß offen und fair über alle Strukturdefizite gesprochen und ggfs. notwendige Änderungen herbeigeführt werden. Die staatlichen Schauspielbühnen benötigen dringend eine längerfristig wirkende Intendantenpersönlichkeit, die die Theater wieder an die Spitze deutschsprachiger Sprechbühnen zurückführt.

– Die Aufarbeitung seiner Geschichte wird eine dauernde Aufgabe Berlins bleiben. Die Berliner Museen bieten hierfür eine hervorragende Ausgangsposition. Für das geplante „Deutsche Historische Museum“ besteht kein Bedarf.

Das Museum für Verkehr und Technik ist weiter auszubauen.

Es ist zu diskutieren, ob über den vorhandenen Arbeitsansatz eine Öffnung des Museums im Sinne eines Forschungs- und Technologieparks angestrebt werden sollte.

Besondere Aufmerksamkeit richtet die SPD auf die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Die Fortführung der Ausstellung „Topographie des Terrors“ und die behutsame Gestaltung des Geländes des ehemaligen Prinz-Albrecht-Palais als Mahn- und Dokumentationsstätte wird angestrebt.

III. 7 Sport

Sport nimmt in der modernen Gesellschaft einen herausragenden Platz ein. Sport dient der individuellen Gesundheit ebenso wie der geistigen, körperlichen und sozialen Erziehung. Sport ist ein notwendiger Faktor der Erhaltung der Arbeitskraft und der körperlichen Leistungsfähigkeit. Sport wird jedoch zunehmend auch ein Objekt wirtschaftlicher Betätigung, des Gewinnstrebens und auch der Ausbeutung und Vermarktung von Menschen. Seine Bedeutung für Freizeitgestaltung und Unterhaltung wächst.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben den Sport stets als einen untrennbaren Bestandteil ihrer Bildungs-, Kultur-, Sozial- und Gesundheitspolitik betrachtet. Die Arbeitersportbewegung war ein wichtiger Bestandteil der Arbeiterbewegung allgemein. Die Sozialdemokratie ist sich der traditionellen und aktuellen Bedeutung des Sports bewußt.

Berlin ist eine Sportstadt in besonderer Lage. Die Insellage Berlins und die zunehmende Intensivierung der Flächennutzung innerhalb des Stadtgebietes verhindern, daß alle Wünsche nach sportlicher Betäti-

gung erfüllt und ein hinreichendes Angebot an Sportstätten gemacht werden können.

Gerade vor diesem Hintergrund fordern die Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zur Weiterentwicklung des Sports in Berlin:

– Der Sport muß als Träger öffentlicher Belange anerkannt werden. Das Sportförderungsgesetz ist mit dem Ziel der Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Sport weiterzuentwickeln. Wir treten für die Instandsetzung, den umweltgerechten Ausbau und den bedarfsgerechten Neubau von Sportstätten ein. Sportflächen, die den wachsenden Bedarf des Freizeit- und Breitensports Rechnung tragen, müssen rechtsverbindlich als solche gesichert werden

– Im unmittelbaren Wohnumfeld sind kleine, wohnungsnah Sportflächen in Verbindung mit Erholungsflächen für den Freizeitsport zu schaffen.

– Berlin muß zu einem internationalen Sportstandort ausgebaut werden. Dies gilt insbesondere für sportliche Ost-West-Beggnungen. Die SPD strebt die Schaffung eines kleinen „Sport-Grenz-Verkehrs“ in und um Berlin an.

– Besondere Unterstützung verdienen die Sportvereine als Hauptträger des organisierten Sports. Wir fordern steuerliche Erleichterungen für Sportvereine, und eine Vereinfachung des Steuerrechts, die Erhöhung der Übungsleiterpauschale und die Verbesserung der Entgelte für Übungs- und Jugendleiter, die unentgeltliche Nutzung von Sportstätten und Jugendräumen sowie eine Entbürokratisierung der Vorschriften für den Sport.

– Für den nichtorganisierten Sport müssen die Öffnungszeiten von Sportanlagen erweitert werden. Unter Wahrung der Umweltbelange sind mehr Freizeitparks zu schaffen. Vorübergehend können auch Vorhalteflächen der Wirtschaft für den Freizeit- und Breitensport genutzt werden.

Geeignete öffentliche Schwimmbäder sind unter Wahrung der Belange des Vereinsports in Freizeitbäder umzuwandeln.

– Lernziele, Inhalte und Organisationsformen des Sportunterrichts in den Schulen müssen neu bestimmt werden. Sportförderungsunterricht und Schulsonderturnen sind auszubauen.

Im Grundschulbereich ist Sportunterricht koedukativ zu erteilen. Tägliche Spiel- und Bewegungszeiten sind im Elementarbereich (Kindertagesstätten/Vorklassen) und in der Schule einzurichten. In Partnerschaft mit Sportvereinen müssen die Angebote an außerunterrichtlichen Sportmöglichkeiten erweitert werden.

Wir fordern die Einrichtung von Sportoberschulen als Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe oder Teilzeitstützpunkte für sportbegabte Jugendliche.

Die Aus- und Weiterbildung von Sportlehrerinnen und Sportlehrern ist zu verbessern. Der Sportunterricht an beruflichen Schulen muß zwei Stunden pro Woche betragen. Die SPD fordert die Einstellung der für den Sportunterricht ausgebildeten Sportlehrerinnen und Sportlehrer. Sportunterricht darf nicht mehr fachfremd erteilt werden.

– Verbessert und ausgeweitet werden müssen die Angebote für den Familiensport. Sozial benachteiligte Familien sind dabei in besonderer Weise zu unterstützen.

Die Angebote im Freizeitsport für Frauen müssen auch in geschlechtsuntypischen Sportar-

ten erweitert und ausgebaut werden.

Für ausländische Mädchen und Frauen sind besondere Angebote zu schaffen. Alle Einschränkungen der Teilnahmemöglichkeiten bei Wettkämpfen für jugendliche und erwachsene ausländische Sportlerinnen und

Sportler sind zu beseitigen. Verbesserte Angebote sind auch für die sportliche Betätigung von Arbeitslosen, älteren Menschen und Behinderten zu schaffen. Sportanlagen sind - soweit möglich - behindertenfreundlich auszubauen und sollen die Möglichkeit zur Integration von Behin-

derten und Nichtbehinderten bieten.

— Sportärztliche Beratungsstellen sind weiterzuentwickeln und auszubauen.

— Es ist eine laufende Information und Beratung über sportliche Angebote in allen Bezirken zu schaffen (Sport-Telefon).

— Die SPD wird ein Umweltsanierungsprogramm für Sportanlagen entwickeln. Sie tritt auch dafür ein, daß der Bestand an Altanlagen voll erhalten bleibt. Beim Neubau von Sportanlagen ist eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung einzuführen.

III. 8 — Ausländerpolitik

Die SPD tritt für die Integration der in Berlin lebenden Ausländer und Ausländerinnen ein. Aufgrund unserer Tradition und unserer Grundwerte, unseres Bekenntnisses zum Internationalismus und zur Solidarität mit Benachteiligten fühlen wir uns zu einer humanen Ausländerpolitik verpflichtet. Wir widersetzen uns jeder Form von Ausländerfeindlichkeit.

Die mehr als 250.000 Berlinerinnen und Berliner mit ausländischen Pässen tragen durch ihre Arbeit und durch die Pflege der Kultur ihres Heimatlandes zur Lebensfähigkeit unserer Stadt und zum Charakter Berlins als liberale und lebendige Weltstadt bei.

Zu den Leitlinien sozialdemokratischer Ausländerpolitik gehören vor allem:

— Rechtssicherheit ist eine unverzichtbare Voraussetzung zur Lebensplanung und damit auch zur Integration. Deshalb sind die bisherigen Ermessensspielräume der Verwaltung drastisch zugunsten von Rechtsansprüchen zu verringern. Ausländer und Ausländerinnen müssen einen Rechtsanspruch auf Aufenthaltsberechtigungen nach fünfjährigem, auf Einbürgerung nach achtjährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) haben.

Kinder von Ausländern, die hier leben, müssen mit Vollendung des 16. Lebensjahres ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten.

— Durch Abkommen mit den betroffenen Heimatländern ist die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft zu schaffen bzw. auszubauen. Bis dies erreicht ist, fordert die SPD ein Niederlassungsrecht.

— Ausweisungsmöglichkeiten sind entsprechend der Aufenthaltsdauer und dem Aufenthaltswort zu differenzieren. Nach Erteilung der Aufenthalts-

berechtigung sind sie auf nachweisliche Bekämpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder rechtskräftige Verurteilung wegen besonders schwerwiegender Straftaten zu beschränken.

Arbeitslosigkeit, Krankheit, Sozialhilfebezug oder unzureichende Wohnraumversorgung dürfen keine Maßnahmen begründen, die zur Beendigung des Aufenthaltes führen.

— Der Anwerbestopp wird beibehalten. Nach einer Wartezeit von maximal drei Jahren muß jeder Ausländer, der sich über eine Frist von mindestens zwei Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhalten darf, eine besondere Arbeitserlaubnis erhalten.

Nachziehende Familienmitglieder haben einen Rechtsanspruch auf Arbeitserlaubnis nach erfolgter Familienzusammenführung.

— Volljährigen Ausländern/Ausländerinnen ist nach fünfjährigem rechtmäßigem Aufenthalt in der Bundesrepublik das aktive und passive kommunale Wahlrecht zu gewähren. Die politische Betätigung von Ausländern und Ausländerinnen richtet sich nach den für Deutsche geltenden Rechtsvorschriften.

— Kulturelle Eigenarten und die Möglichkeit, das Kulturgut des Herkunftslandes zu pflegen, sind zu gewährleisten. In Begegnung und Austausch mit unserer Kultur tragen sie zur kulturellen Vielfalt in unserer Stadt bei, deren selbstverständlicher Bestandteil sie werden müssen.

— Freie Religionsausübung von Menschen aller Glaubensrichtungen ist zu respektieren. Dies gilt jedoch nicht für die Erziehung zu undemokratischem und intolerantem Verhalten und für gegen die Gleichstellung der Frau gerichtete Normen und Verhaltensweisen.

— Zum Schutz ausländischer Familien und binationaler Ehen ist der ungehinderte Nachzug von Kindern bis zum 16. Lebens-

jahr sicherzustellen. Ausländischen Staatsangehörigen, deren Ehepartner/in mindestens fünf Jahre rechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin lebt, sind Zuzug und Aufenthaltserlaubnis zu gewähren. In Härtefällen muß die Fünfjahresfrist entfallen.

Frauen, die sich wegen Mißhandlungen durch den Ehemann von diesem getrennt haben, werden nicht ausgewiesen und erhalten ein eigenes Aufenthaltsrecht. Binationale Ehen unterliegen grundsätzlich keiner ausländerbehördlichen Bewertung.

— Für minderjährige politische Flüchtlinge und für Kinder von politischen Flüchtlingen wird die Schulpflicht eingeführt und die berufliche Ausbildung und das Studium gestattet.

— Frauen, die wegen der Übertretung moralischer und ethischer Regeln ihres Heimatlandes verfolgt werden, sollen Asylrecht genießen.

— In Kindertagesstätten, Vorschulen und Schulen ist die Integration von deutschen und ausländischen Kindern von besonderer Bedeutung. Bei hohem Ausländeranteil ist zusätzliches pädagogisches Personal einzustellen bzw. die Gruppengröße zu reduzieren.

Einer leichtfertigen Abschiebung von Ausländern und Ausländerinnen in Sonderschulen muß durch geeignete Maßnahmen besser als bisher entgegen gewirkt werden. Im Unterricht ist auf kulturelle und gesellschaftliche Besonderheiten der Nationalität spezifisch einzugehen. Dies schließt ein Angebot des muttersprachlichen Unterrichts ebenso ein wie das Angebot der entsprechenden Sprache als erste oder zweite Fremdsprache.

— Die schlechte Wohnsituation zahlreicher ausländischer Familien ist durch eine Erhöhung der Wohnumfeldqualität in Ballungsgebieten ebenso zu begünstigen wie dadurch, daß städti-

sche und gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften mindestens 20 Prozent der Wohnungen, die sie außerhalb der Ausländerballungsgebiete besitzen, Ausländern zur Anmietung anbieten sollen.

Die Zuzugssperre hat ihr erklärtes Ziel verfehlt und ist deshalb aufzuheben.

— Rechtmäßig hier lebende Ausländer haben vollen Anspruch auf alle sozialpolitischen Leistungen. Steuerliche Benachteiligungen sind aufzuheben. Beratungsangebote in der jeweiligen Landessprache sind zu verstärken.

— Die SPD befürwortet Rückkehrhilfen für diejenigen Ausländer/Ausländerinnen, die nach eigenverantwortlicher Entscheidung in ihr Herkunftsland zurückkehren wollen. Rückkehrhilfen dürfen nicht für Abschiebepolitik mißbraucht werden.

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“. Aus den Erfahrungen einer Zeit, in der Millionen Menschen Opfer des nationalsozialistischen Terrors geworden sind, ist dieser Satz in unsere Verfassung geschrieben worden. Die SPD widersetzt sich allen Bestrebungen konservativer Kräfte, dieses Grundrecht auf Asyl außer Kraft zu setzen oder zu verwässern. Es darf auch nicht dadurch unterlaufen werden, daß Flüchtlingen die Möglichkeit genommen wird, dieses Recht in Anspruch zu nehmen. Eine Politik durch „anreizmindernde Maßnahmen“ Asylbewerber abzuschrecken, widerspricht ebenfalls diesem Grundrecht.

Die Ursachen weltweit steigender Flüchtlingszahlen sind Kriege, zunehmende Menschenrechtsverletzungen und eine ungerechte Weltwirtschafts- und Sozialordnung. Die Mithilfe an der Beseitigung dieser Ursachen, an denen wir als reiche Industrienation mitgewirkt haben, ist ein wesentlicher Teil sozialdemokratischer Politik.

III. 9

Innen- und Rechtspolitik

Mangel an Liberalität und unzureichende Vorkehrungen für die innere Sicherheit sowie vollmundige Ankündigungen, denen keine Taten gefolgt sind, charakterisieren die Innen- und Rechtspolitik des derzeitigen Senats von Berlin.

Bereits ein Jahr nach der 1985er Wahl mußte ein Innensenator wegen seiner Zusammenarbeit mit der rechtsextremen Szene und seiner problematischen Rolle im Korruptionsskandal zurücktreten. In der Amtszeit seines Nachfolgers häuften sich die Fehlleistungen. Der bewährte und über die Grenzen unserer Stadt hinaus anerkannte Polizeipräsident wurde aus dem Amt gegraut. Mehr als einmal glich Berlin einer belagerten Festung. Zeitweise wurde ein ganzer Stadtteil - Kreuzberg - abgeriegelt. Bei den Kreuzberger Unruhen am 1. Mai 1987 wurde die Polizei unzureichend und zum falschen Zeitpunkt eingesetzt.

Der Innensenator wollte, so seine Ankündigung nach Amtsantritt, zum Verfassungssenator werden. Konkrete Initiativen für eine Reform der Berliner Verfassung blieben aus. Vor allem unterblieb eine Umsetzung der Vorschläge der Enquete-Kommission zur Verwaltungsreform. Statt dessen profilierte sich der Innensenator dadurch, daß das Landesamt für Verfassungsschutz verstärkt demokratische Parteien ausspähte und Berichte vorlegte, die von erschreckend geringer Qualität und darüber hinaus geeignet waren, den Regierungsparteien vordergründig Munition in der politischen Auseinandersetzung gegen die demokratische Opposition zu liefern.

Dem Parlament wurden wichtige Informationen aus dem Bereich der inneren Sicherheit vorenthalten. Mehr und mehr wird die Polizei unter dem gegenwärtigen Senat dazu mißbraucht, Versäumnisse auszubügeln, die die Politik zu verantworten hat.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten meinen: Das kann so nicht weitergehen. Mit unseren Vorstellungen zur Innen- und Rechtspolitik, zur Reform von Verfassung und Verwaltung, zur inneren Sicherheit und zur Rechtsgestaltung legen wir ein Zukunftskonzept vor, das Liberalität und Sicherheit für alle

Berlinerinnen und Berliner gewährleistet.

Der freiheitliche und demokratische Rechtsstaat ist ein hohes Gut; er ist für alle Bürgerinnen und Bürger da. Seine Erhaltung und Verbesserung ist eine ständige Aufgabe der Politik.

Verfassung und Verwaltung
Sozialdemokratische Verfassungs- und Verwaltungspolitik ergibt sich aus dem Auftrag, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in Staat und Gesellschaft zu verwirklichen. Wir gehen davon aus, daß die jeweils erreichten Verhältnisse am Maßstab dieser Grundwerte zu überprüfen sind.

Wir möchten daher Verfassung und Verwaltung unseres Stadtstaates so ändern, daß Demokratie, Freiheit und Gleichheit selbstverständliche Prinzipien staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung sind, daß die Grundrechte die Freiheit des einzelnen gegenüber dem Staat sichern und diejenigen Verfassungsgebote durchgesetzt werden, die sich aus den Grundrechten ergeben.

– Wir wollen den Rechtsschutz für die Berliner Bürgerinnen und Bürger verstärken. Den Berlinern ist es infolge des besonderen politischen Status Berlins verwehrt, sich an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu wenden, wenn sie sich durch die Entscheidung eines Berliner Gerichtes in ihren Grundrechten verletzt fühlen.

Deshalb fordern wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Schaffung eines Verfassungsgerichtshofes für Berlin, der unter Wahrung der Rechtseinheit mit dem Bund auch über Verfassungsbeschwerden von Berliner Bürgern wegen Verletzung ihrer in der Berliner Verfassung geschützten Grundrechte durch Hoheitsakte der Berliner Landesgewalt entscheidet.

– Wir treten für eine Überarbeitung des Grundrechtskataloges der Verfassung von Berlin ein. Die 1950 in Kraft getretene Verfassung von Berlin entspricht den heute an eine Landesverfassung zu stellenden Anforderungen nicht mehr. Grundrechtsbestimmungen gelten, wegen Überlagerung durch das Grundgesetz, nicht. Die Landesverfassung erfüllt nicht mehr die Aufgabe der Integration der Bür-

ger in den Staat und der Identifikation mit ihm und sie trägt dem in den letzten Jahren gewachsenen Bewußtsein in der Bevölkerung für die Notwendigkeit neuer Staatsziele keine Rechnung.

Deshalb müssen die Grundrechtsartikel des Grundgesetzes in die Berliner Verfassung übernommen werden. Durch besondere Artikel sind die Rechte und Staatszielbestimmungen abzudecken, die zusätzlich im Grundrechtskatalog der Verfassung von Berlin enthalten sind. Dies gilt für die Gewährleistung eines leistungsfähigen Bildungssystems, die Forderung nach einer Gestaltung der Wirtschaftsbedingungen in der Richtung, daß alle Bürger Arbeit finden, und die Förderung nach Bereitstellung angemessenen Wohnraums für alle Bürger.

– Das Recht auf den Schutz der persönlichen Daten muß ein eigenes Grundrecht werden und ausdrücklich in der Verfassung gewährleistet sein. Der Datenschutzbeauftragte muß in der Landesverfassung eine so unabhängige Stellung erhalten, daß er seine Aufgaben sachgerecht wahrnehmen kann.

– Von höchster Bedeutung ist auch die verfassungsmäßige Sicherung der Pflicht zur Bewahrung und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen, ebenso die Förderung der Kultur und die Erhaltung des kulturellen Erbes.

Neben den Grundrechten müssen die Verfassungsorgane und Verwaltungseinheiten reformiert werden.

– Die SPD tritt für eine stärkere Stellung des Abgeordnetenhauses von Berlin und seiner Mitglieder ein. Dazu gehört eine Parlamentsreform mit der Verankerung des Fragerechts der Abgeordneten in der Verfassung und der Gewährung des Rechts zur Akteneinsicht bei unzureichender oder nichtssagender Beantwortung; das Recht der Opposition, sich in Ausschusssitzungen durch Sachverständige beraten zu lassen; eine Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der Opposition durch Bereitstellung von aus dem Staatshaushalt finanzierten Mitarbeitern.

– Die SPD will eine Verwaltung, die für die Bürger da ist. Verwaltungshandeln muß Kunden-

dienst für die Bürgerinnen und Bürger sein. Deshalb wollen wir eine Verwaltungsreform nach den durchgreifenden Vorschlägen der vom Abgeordnetenhaus eingesetzten Enquete-Kommission.

Wir fordern vor allem:

– Auf jeder Stufe der Verwaltung ist im Rahmen allgemeiner Leitlinien die schöpferische Eigenverantwortung freizusetzen und die Sach- mit der Organisations- und Kostenverantwortung zu verbinden. Der jeweils kleineren Einheit muß obliegen, was nicht zwingend der größeren vorbehalten werden muß. Der einzelne Bearbeiter soll weitgehend eigenständig und schnell entscheiden können.

– Allen Verwaltungseinheiten und besonders den Bezirken wird künftig nach parlamentarischer Vorgewichtung für ein Jahr eine Globalsumme vorgegeben, in deren Rahmen sie den Entwurf des Haushaltsplanes grundsätzlich eigenverantwortlich aufstellen. Dabei hat jede Haushaltseinheit ihre Globalsumme wiederum auf ihre Untergliederungen global aufzuteilen.

Im Laufe des Jahres kann vom Haushaltsplan abgewichen werden, wenn die Globalsumme eingehalten bleibt. Das Abschlußergebnis wird jeweils auf die nächstjährige Globalsumme vortragen.

– Abgesehen von den Aufgaben, die nur von der Hauptverwaltung wahrgenommen werden können, wie Polizei und Feuerwehr, wird die Hauptverwaltung strikt auf Führungsaufgaben beschränkt. Alle anderen Aufgaben gehen auf die Bezirksverwaltungen über, die mit noch überschaubarem Aufgabenbereich ihr Handeln unmittelbar vor den Bürgern verantworten können.

– Die Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen werden zeitlich von den Wahlen zum Abgeordnetenhaus getrennt und die Bezirksämter in freier Mehrheitsentscheidung der Bezirksverordnetenversammlungen gebildet. Der Rat der Bürgermeister wird gestärkt.

Verwaltungs- und Organisationsreformen dürfen nicht kurzlebigen politischen Zielen dienen, sondern müssen auf einer gemeinwohlorientierten ganzheitlichen Konzeption beruhen.

Sicherheitspolitik

Sicherheit ist ein Bedürfnis aller Menschen. Was Sicherheit ist und wie sie empfunden wird, ist jedoch dem geschichtlichen Wandel unterworfen. Konservative Politik neigt all zu oft dazu, das Sicherheitsbedürfnis und Sicherheitsgefühl der Menschen propagandistisch auszubehüten und mit Ängsten Politik zu machen.

Aufgabe sozialdemokratischer Sicherheitspolitik ist es, einen umfassenderen Begriff von Sicherheit im Bewußtsein der Menschen zu verankern und die Rolle zu definieren, die Staat und Gesellschaft in der Lösung sozialer Konflikte und bei der Gewährleistung von Sicherheit im umfassenden Sinne zu spielen haben.

Neben der Kriminalität im herkömmlichen Sinne, die keineswegs bagatellisiert werden soll, haben sich in den vergangenen Jahrzehnten Formen gesellschaftsschädlichen Verhaltens entwickelt, denen mit den herkömmlichen Mitteln der Verbrechensbekämpfung nicht mehr begegnet werden kann, weil sie entweder nach den Normen der Strafgesetze nicht strafbar sind oder sich durch ihren Umfang und den politischen Einfluß wie die wirtschaftliche Stellung der Täter, jeder wirksamen Verfolgung entziehen.

Beispiele sind vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Umweltkriminalität zu suchen. Es gibt, um ein weiteres Beispiel zu nennen, sozialschädliches Verhalten im Straßenverkehr - die erschreckend hohe Zahl von Verkehrstoten beweist dies - das nicht durch Strafandrohung und Strafe, sondern nur durch Vorbeugung wirksam bekämpft werden kann.

— Die Rechtsgüter, die die staatlichen Organe zu schützen haben, sind u.a.: Leben; Gesundheit; Freiheit; demokratische Grundordnung und Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen; Umwelt und natürliche Lebensgrundlagen; Chancengleichheit in wirtschaftlicher und beruflicher Hinsicht; persönliches Eigentum und Rechte auf Selbstverwirklichung in menschenwürdiger Arbeit.

— Diesen Gütern muß ein Katalog sozialschädlichen Verhaltens gegenübergestellt und mit einem Maßnahmesystem zur Bekämpfung dieses Verhaltens und der Beeinträchtigung der genannten Rechtsgüter verbunden werden. Nach dem Grund-

satz der Verhältnismäßigkeit und der Zweckmäßigkeit der Mittel muß dargestellt werden, durch welche Maßnahmen des Gesetzgebers der Verwaltung oder der organisatorischen Umgestaltung diesen Sicherheitsanforderungen Genüge getan werden kann.

— Die Polizei ist im demokratischen Rechtsstaat nicht mehr als Instrument der Herrschaftssicherung bestimmter sozialer Gruppen und Kräfte zu betrachten. Sie darf nicht für Aufgaben mißbraucht werden, die anderen Instanzen zugeordnet sind; sie ist nicht Partei in der politischen Auseinandersetzung und darf sich in diese Rolle nicht drängen lassen. Sie muß sich davor hüten, Feindbilder als Motivation ihres Handelns zu entwickeln, sie darf auch selbst nicht Gegenstand eines Feindbildes sein.

Das gegenwärtige Sicherheitsangebot der Polizei wie der Strafverfolgungsbehörden muß erhalten bleiben. Behördenintern ist es für die Bekämpfung der immens schädlichen Wirtschafts-, Umwelt-, Korruptions- und organisierten Kriminalität auszubauen, damit endlich auch die großen Kriminellen im Weißen Kragen zur Rechenschaft gezogen werden können. Insgesamt muß das Sicherheitsangebot mit den erweiterten und differenzierteren Erfordernissen einer Gewährleistung der Sicherheit am Maßstab der o.g. Rechtsgüter in Einklang gebracht werden.

Rechtspolitik

Die traditionellen Ziele sozialdemokratischer Rechtspolitik sind die rechtsstaatliche Kontrolle politischer und wirtschaftlicher Macht, der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität und sonstigen sozialschädlichen Handlungen und die Garantie wirksamen Rechtsschutzes durch eine personell und materiell für diese Aufgabe ausreichend ausgestattete Rechtspflege.

Der derzeitige Senat von Berlin hat seit Jahren keine aktive, den heutigen Anforderungen entsprechende Justizpolitik mehr betrieben. Demgegenüber haben die Sozialdemokraten vorwärtsweisende Konzepte und Handlungsvorschläge erarbeitet und zur Diskussion gestellt, mit denen eine der Problemen unserer modernen Gesellschaft angemessene, unsere freiheitliche Grundrechtsordnung wahrende und zugleich die in-

nere Sicherheit stärkende Rechtspolitik durchgesetzt werden soll:

— Der Schutz des Verbrauchers vor Übervorteilung, vor Schwindel und schädlichen Stoffen in Nahrungs- und Gebrauchsmitteln ist durch strengere gewerberechtliche Vorgehensweise zu verstärken. Von Berlin müssen Maßnahmen zur Entlastung von Menschen ausgehen, die unverschuldet und/oder durch Übervorteilung durch Kreditinstitute in wirtschaftliche Not geraten sind.

— Sozialdemokraten fordern eine konsequente Durchsetzung der heute noch geltenden Rechtsvorschriften der Alliierten. Mehr als vier Jahrzehnte nach Kriegsende ist es wohl angezeigt, diese auf den Kernbestand dessen zu reduzieren, was zum Schutz der befreundeten Mächte selbst erforderlich ist. Dies würde deren Position keineswegs aushöhlen, sondern eher das Verständnis hierfür fördern.

Die Vorschriften über die Todesstrafe in Berlin müssen abgeschafft werden.

Wirksamer Rechtsschutz muß auch bei Maßnahmen alliierter Behörden gewährleistet werden, durch die Bürger sich in ihren Rechten verletzt fühlen. Dieser Aufgabe kann die jetzige Beschwerdestelle nicht gerecht werden.

Bei der Telefonüberwachung und ähnlichen Eingriffen durch deutsche Behörden muß Rechtsgleichheit mit dem übrigen Bundesgebiet hergestellt werden. Derartige Maßnahmen dürfen nicht in unkontrollierbaren Grauzonen verbleiben.

— Der Staat darf nur in eng umgrenzten, gesetzlich umschriebenen Fällen in die Freiheitsrechte der Bürger eingreifen. Keineswegs dürfen die Sicherheitsbehörden in Berlin als Machtmittel im politischen Meinungskampf mißbraucht werden. Dies gilt insbesondere für das Landesamt für Verfassungsschutz, das einer wirksamen parlamentarischen und rechtsstaatlichen Kontrolle zu unterziehen ist.

Alle Gesetze, die den zentralen Datenverbund zwischen Polizei und Verfassungsschutz fördern und legalisieren und jeden Bürger zum Objekt unkontrollierter staatlicher Beobachtung degradieren, lehnen wir ab.

— Der politische Meinungskampf muß, sofern er gewaltfrei ist und sich in den Grenzen der allgemeinen Gesetze hält, frei von staatlicher Bevormundung

sein. Legale politische Betätigung darf nicht zu Nachteilen im beruflichen Bereich führen.

Sozialdemokraten haben die Regelanfrage beim Verfassungsschutz für Anwärter auf den öffentlichen Dienst abgeschafft. Sie werden dafür sorgen, daß sie nicht durch die Hintertür wieder eingeführt wird.

Die wichtigsten Forderungen sind:

— Der Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den wirtschaftlich Mächtigen sowie gegenüber dem Staat muß in geeigneter Weise verstärkt werden. Hierzu gehört in erster Linie eine verbesserte personelle und modernisierte organisatorische Ausstattung der Gerichte.

Die Entscheidungsfindung muß beschleunigt werden, ohne daß Einbußen in der Qualität eintreten. Entlastung der Gerichte darf nicht auf Kosten effektiver Rechtsschutzgewährung etwa durch Beschneidung des Rechtsweges erfolgen. Die Obergerichte dürfen nicht zu Exklusivspruchkörpern für Streitigkeiten unter Vermögenden werden.

Es darf keine Privatisierung der Strafverfolgung geben. Strafverfolgungsmaßnahmen dürfen nur staatliches Handeln sein und nicht auf unkontrollierbare private Institutionen oder Personen, wie z.B. Detekteien, übertragen werden.

— Die Gesellschaft wird in verstärktem Maße nicht nur durch die Kriminalität im herkömmlichen Sinne bedroht. Organisiertes Verbrechen, Wirtschaft-, Korruptions- und Umweltkriminalität haben einen uns alle gefährdenden und massiv schädigenden Umfang angenommen. Die Polizei und Justiz sind schon aufgrund ihrer unzulänglichen personellen und sachlichen Ausstattung nicht in der Lage, ihren gesetzlichen Auftrag in dieser Hinsicht ausreichend zu erfüllen.

Aufgabe sozialdemokratischer Rechtspolitik ist es, die Strafverfolgungsorgane verstärkt auf diese Aufgaben hin auszubilden und entsprechende organisatorische Schwerpunkte zu setzen.

— Verglichen mit den „kleinen Tätern“ ist die Großkriminalität weitgehend privilegiert. Beweisnot und verfahrenstaktische Gründe führen regelmäßig zu Entscheidungen der Strafgerichte, die dem Ausmaß der kriminellen Energie und des entstandenen Schadens in keiner Weise gerecht werden.

Sozialdemokratische Rechtspolitik wird alles daran setzen, daß dieser Kreis von Kriminellen seine „Privilegien“ verliert. Dazu gehört eine angemessene Reform des Steuer- und Bankgeheimnisses, mit dem Ziel, der wirtschaftlichen Schwermriminalität dieses „Vermummungsmöglichkeit“ zu entreißen.

– Der wirksamste Schutz vor Straftaten ist deren Verhinderung durch Vorbeugung. Dem dient es nicht, wenn Kaufhäuser und Supermärkte, aber auch die BVG, durch Personalabbau den Schutz vor Straftaten in ihren Bereichen der Polizei aufbürden.

Sozialdemokratische Rechtspolitik hat das Ziel, in der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung neue Schwerpunkte zu setzen, und zwar nicht nur im Bereich von Polizei und Justiz, sondern auch in der Jugend- und Sozialpolitik.

– Der Strafvollzug hat nach heutigem rechtsstaatlichen Ver-

ständnis das Ziel, Verurteilte so weit wie möglich in die Gesellschaft wieder einzugliedern. Das seit mehr als zehn Jahren bestehende Resozialisierungsgebot des Strafvollzugsgesetzes muß wieder ernst genommen werden, damit die Verbüßung von Freiheitsstrafe nicht zu bloßer „Verwahrung“ verkommt.

Resozialisierung ist die beste Voraussetzung, um Rückfall und zukünftige Straftaten Gefangener zu verhindern. Bei Vollzugsentscheidungen darf die Schwere der ursprünglichen Schuld nicht erneut berücksichtigt werden, sondern allein die Sozial- und Kriminalprognose. Deshalb muß die Initiative des Senats, durch Einführung des Schuldprinzips in das Strafvollzugsgesetz die Vollzugsreform zurückzudrehen, rückgängig gemacht werden.

Mehr und besser geschultes Personal muß eingesetzt werden, um die Verurteilten zu fördern und zu motivieren, persön-

liche und soziale Defizite abzubauen. Sie müssen in die Lage versetzt werden, Ausbildungen zu absolvieren und die durch die Tat entstandenen Schäden weitgehend wiedergutzumachen. Voraussetzung hierfür ist die überfällige Erhöhung des Arbeitsentgelts und eine verbesserte soziale Absicherung für Gefangene. Ambulante soziale Hilfen sollten ausgebaut werden und dazu beitragen, daß der Vollzug von Straftat sinnvoll vermindert oder vermieden wird und Verurteilte nicht wieder straffällig werden.

Datenschutz

Die Entwicklung der modernen Informationstechnik erfordert eine hinreichende Gewährleistung des informationellen Selbstbestimmungsrechts sowohl durch ein angemessenes Datenschutzrecht als auch durch normenklare bereicherspezifische Regelungen. Obwohl seit dem Urteil des Bundes-

verfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz fast fünf Jahre vergangen sind, stehen die erforderlichen Gesetze noch aus. Die SPD hat daher einen eigenen Entwurf für ein novelliertes Datenschutzgesetz vorgelegt, das einerseits diesen Anforderungen genügt, andererseits aber erstmals richtungweisende Bestimmungen enthält: Priorität des Datenschutzes, informationelle Sparsamkeit bei der Gesetzgebung, mehr Transparenz für den Bürger.

Längst erforderliche bereicherspezifische Regelungen müssen daneben einen angemessenen Ausgleich zwischen den Belangen des Datenschutzes und den vorrangigen Allgemeininteressen herstellen. Dies gilt insbesondere für das Polizeirecht, das so gestaltet werden muß, daß auch bei der Gefahrenabwehr für den Bürger klar erkennbar ist, wo das informationelle Selbstbestimmungsrecht hinter den Allgemeininteressen zurückstehen muß.

IV

Eine starke SPD für Berlin

Die programmatischen Aussagen der Berliner SPD, unsere Ziele und Wege für die Zukunft unserer Stadt, machen deutlich: **Berlin braucht eine starke SPD.**

Nur mit einer starken SPD wird die **Friedens- und Entspannungspolitik** zum Wohle aller Berlinerinnen und Berliner, für gute Nachbarschaft in beiden Teilen Deutschlands, in beiden Teilen unserer Stadt fortgesetzt.

Nur mit einer starken SPD wird es eine Modernisierung der **Wirtschaft** unserer Stadt und die Schaffung neuer **Arbeitsplätze** geben.

Nur mit einer starken SPD kann der Schutz unserer **Umwelt** verbessert und die Gestaltung des Verkehrs menschenwürdig und umweltverträglich werden.

Nur mit einer starken SPD

wird es eine Sicherung unseres **Sozialstaates** geben.

Nur mit einer starken SPD wird die **Gesundheitsvorsorge** so gestaltet, daß für alle Menschen im Falle der Krankheit die bestmögliche Versorgung gesichert ist.

Nur mit einer starken SPD gibt es mehr **Demokratie** und eine bürgernahe Verwaltung.

Nur mit einer starken SPD wird **innere Sicherheit** mit Liberalität, der Schutz des Bürgers mit der Wahrung seiner individuellen Freiheit verbunden.

Nur mit einer starken SPD wird die **Gleichstellung** von Frauen und Männern in der gesellschaftlichen Wirklichkeit vorgebracht.

Nur mit einer starken SPD werden junge Menschen die **Bildungschancen** bekommen, die sie brauchen, um die Zukunft meistern zu können.

Nur mit einer starken SPD wird es bezahlbare **Wohnungen** für alle geben.

Wir Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bitten am 29. Januar 1989 um Ihr Vertrauen, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Wir bitten um Ihr Vertrauen für sozialdemokratische Politik.

Mit Walter Momper kandidiert ein Sozialdemokrat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, der als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und als SPD-Landesvorsitzender Mut, Tatkraft und Entschlossenheit bewiesen hat.

Walter Momper weiß, worauf es in Berlin ankommt. Er setzt sich unermüdet und ent-

schlossen für die Interessen der Berlinerinnen und Berliner ein.

Mit Walter Momper treten Frauen und Männer an, die Berlinerinnen und Berliner sind, seit Jahren verantwortliche Aufgaben in der SPD, im Abgeordnetenhaus, in Bezirksämtern und anderen Lebensbereichen unserer Stadt wahrgenommen haben und die keinen Vergleich mit dem derzeitigen Senat zu scheuen brauchen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind bereit. Bereit für Sie und bereit für Berlin.

Eine starke SPD für Berlin - damit es nach dem 29. Januar 1989 eine bessere Zukunft für unsere Stadt gibt!